

2023

GESCHÄFTSBERICHT

ÖRAG
RECHTSCHUTZ

Inhalt

BERICHTE

Bericht des Aufsichtsrats	4
Bericht des Vorstands	6

GESELLSCHAFTSORGANE

Aufsichtsrat	8
Beirat	8
Vorstand	9

LAGEBERICHT

Grundlagen der Gesellschaft	
Wirtschaftsjahr 2023	12
Unternehmensstruktur	14
Tochterunternehmen	16
Partnerunternehmen	18
Organisationsstruktur	19
Geschäftsbereiche	20

Wirtschaftsbericht

Beitragseinnahmen	22
Schadenverlauf	23
Kostenentwicklung	24
Kapitalanlagen	25
Geschäftsergebnis	26
Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	28

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht	29
Chancenbericht	31
Risikobericht	33

JAHRESABSCHLUSS

Jahresbilanz zum 31.12.2023	44
Gewinn- und Verlustrechnung	46

ANHANG

Bilanzierungsregeln	48
Erläuterungen der Bilanz	52
Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung	59
Allgemeine Angaben	61

GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

63

BESTÄTIGUNGSVERMERK

69

FÜNF-JAHRES-ÜBERSICHT

Kennzahlen für die Geschäftsjahre 2019-2023	72
---	----

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den mathematisch genau gerundeten Werten auftreten können.

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Hansaallee 199, 40549 Düsseldorf, Registergericht Düsseldorf HRB 12073

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei ihren umfassenden Marktaktivitäten profitierte die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG im vergangenen Geschäftsjahr von der ebenso engen wie vertrauensvollen Partnerschaft mit den öffentlichen Versicherern und Sparkassen. Die hohe Beratungskompetenz und flächendeckende Präsenz der Vertriebspartner der Sparkassen-Finanzgruppe bewährten sich damit ein weiteres Mal als wichtige Erfolgsfaktoren.

Der Aufsichtsrat der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG nahm im Geschäftsjahr 2023 die ihm nach Gesetz und Satzung der Gesellschaft obliegenden Aufgaben wahr. Er überwachte die Geschäftsführung des Vorstands. Der Vorstand ist seinen Informationspflichten nachgekommen und unterrichtete den Aufsichtsrat sowohl in schriftlicher als auch mündlicher Form regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Lage der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG.

Bedeutende Themenfelder waren der Geschäftsverlauf, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Entwicklung des Marktumfelds und die Unternehmensplanung, aber auch die Risikosituation, das Risikomanagement und der Bereich Compliance. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat mit der Lage der Tochtergesellschaften des Unternehmens. In den Aufsichtsratssitzungen wurden alle relevanten geschäftlichen Aktivitäten und Entwicklungen detailliert besprochen sowie sämtliche erforderlichen Beschlüsse getroffen. Hierfür kam der Aufsichtsrat im Berichtsjahr zu drei Sitzungen zusammen.

Der Jahresabschluss und Lagebericht der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG für das Geschäftsjahr 2023 wurden von der Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Allen Aufsichtsratsmitgliedern lagen sowohl der Jahresabschluss und Lagebericht als auch der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers vor. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats im Juni teil und berichtete über die Ergebnisse seiner Prüfung. Im Anschluss an seinen Bericht wurden die Unterlagen in Gegenwart des Abschlussprüfers umfassend erörtert. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft. Es wurden keine Beanstandungen oder Einwände erhoben.

Dem Ergebnis der Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft schloss sich das Gremium an. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der Tochterunternehmen, dem Beirat, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Betriebsräten für die im Geschäftsjahr 2023 geleistete Arbeit.



Dr. Wolfgang Breuer, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Düsseldorf, den 10. Juni 2024

Der Aufsichtsrat

Dr. Wolfgang Breuer
Vorsitzender

Petra Blankenstein

Dr. Andreas Jahn

Gerhard Müller

Dieter Pauels

Prof. Dr. Frank Walthes
(Stellvertretender Vorsitzender)

Frank Schaar

Guido Schaefers

Silke Winkler

Bericht des Vorstands

Verehrte Aktionärinnen und Aktionäre, Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartner, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

das vergangene Geschäftsjahr war geprägt von einem schwierigen konjunkturellen Umfeld, geringer Wirtschaftsdynamik und Inflationseffekten. Auch die Zinsentwicklungen haben auf unser Geschäftsmodell gewirkt. Die ÖRAG verzeichnete in der Gesamtbetrachtung dennoch einen erfolgreichen Geschäftsverlauf. Unterstützt wurde dieser erneut durch die starken Vertriebsleistungen der Sparkassen und Vertriebe der öffentlichen Versicherer. Bei den gebuchten Bruttobeiträgen im Berichtsjahr konnte das hohe Niveau gehalten werden. Diese lagen mit 423,3 Mio € auf Vorjahresniveau (Vj. 423,7 Mio. €).

Der Fokus im vergangenen Jahr lag vermehrt auf der Bestandsarbeit. So konnte der Mehrbeitrag aus Vertragsumstellungen um 45,0 % gesteigert werden. Auch das Neugeschäft ohne Bauherren-Rechtsschutz verlief mit einem Plus von 2,9 % erfreulich.

Abermals positiv entwickelten sich die Schadenzahlungen, die sich im Berichtsjahr auf 195,0 Mio € beliefen. Der günstige Verlauf der Schadenaufwendungen – u. a. bei Rechtsschutzfällen im Zusammenhang mit dem Abgasskandal – führte dazu, dass der Schadenaufwand deutlich unter Plan lag. Dies eröffnete der ÖRAG die Möglichkeit, weitere Substanz in der Schadenreserve zu bilden, und führte zu einer sehr erfreulichen Schadenkostenquote brutto von 98,5 %.

Das insgesamt gute Geschäftsjahr 2023 wurde durch die positive Entwicklung der Tochtergesellschaft Deutsche Assistance Versicherung AG unterstützt, die ein sehr gutes versicherungstechnisches Ergebnis erzielen konnte. Die Tochtergesellschaften der Deutschen Assistance Versicherung AG investieren in Zukunftsfelder zur weiteren Stärkung der Unternehmensgruppe und der Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen-Finanzgruppe. So ist das Ergebnis der Deutschen Assistance Service GmbH stark geprägt durch Investitionen in ein modernes Schadenssystem.

Bei den Kapitalanlagen verfolgte die ÖRAG unverändert eine auf Sicherheit ausgerichtete konservative Strategie. In einem aufgrund der herausfordernden wirtschaftlichen Gesamtsituation immer noch angespannten Kapitalmarkt konnten wir den Ertrag im Vergleich zum Vorjahr dennoch deutlich steigern. Das Kapitalanlageergebnis in Höhe von 10,4 Mio. € konnte im Vergleich zum Vorjahr (5,3 Mio. €) nahezu verdoppelt werden und liegt deutlich über Plan. Eine deutliche Steigerung konnte ebenso beim Jahresüberschuss der ÖRAG erzielt werden. Er beläuft sich nach Steuern auf 9,7 Mio. € nach 2,7 Mio. € im Vorjahr.



Marcus Hansen
Vorstand

Dragica Mischler
Vorstandsvorsitzende

Betina Nickel
Vorstand

Der Vorstand dankt den Partnern im Sparkassen-Finanzverbund für die gute Zusammenarbeit sowie unserem Betriebsrat und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren ebenso engagierten wie wertvollen Beitrag zur positiven Geschäftsentwicklung der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG.

Düsseldorf, den 9. April 2024

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Der Vorstand

Dragica Mischler

Marcus Hansen

Betina Nickel

Gesellschaftsorgane

AUFSICHTSRAT

Vorsitzender

DR. WOLFGANG BREUER, Münster
Vorsitzender des Vorstands der
Provinzial Holding AG

Stellvertretender Vorsitzender

PROF. DR. FRANK WALTHES, München
Vorsitzender des Vorstands der
Versicherungskammer Bayern

Mitglieder

PETRA BLANKENSTEIN, Mönchengladbach*
Arbeitssicherheitskoordinatorin in der Abteilung
Verwaltungsmanagement
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

DR. ANDREAS JAHN, Stuttgart
Vorsitzender des Vorstands der
SV Sparkassenversicherung Holding AG

GERHARD MÜLLER, Dresden
Vorsitzender des Vorstands der
Sparkassen-Versicherung Sachsen

DIETER PAUELS, Korschenbroich*
Mitarbeiter IT-Services
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

FRANK SCHAAR, Düsseldorf
Vorsitzender des Vorstands der
Deutsche Rückversicherung AG

GUIDO SCHAEFERS, Düsseldorf
Mitglied des Vorstands der
Provinzial Holding AG

SILKE WINKLER, Düsseldorf*
Sachbearbeiterin Produkt- und
Bestandsmanagement
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

*Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat

BEIRAT

Vorsitzender

DR. WOLFGANG BREUER, Münster
Vorsitzender des Vorstands der
Provinzial Holding AG

Stellvertretender Vorsitzender

PROF. DR. FRANK WALTHES, München
Vorsitzender des Vorstands der
Versicherungskammer Bayern

Mitglieder

ACHIM BOSCH, Düsseldorf
Mitglied des Vorstands der
Deutsche Rückversicherung AG

RAINER BÜLOW, Magdeburg
Mitglied des Vorstands der ÖSA-
Öffentliche Versicherungen Sachsen-Anhalt
(bis 30.06.2023)

DIRK DANKELMANN, Detmold
Mitglied des Vorstands der Lippische
Landesbrandversicherung AG

PATRIC FEDLMEIER, Münster
Mitglied des Vorstands der
Provinzial Holding AG
(seit 12.05.2023)

DR. DIRK HERMANN, Saarbrücken
Vorsitzender des Vorstands der
SAARLAND Feuerversicherung AG

KATHARINA JESSEL, Saarbrücken
Mitglied des Vorstands der
Union Krankenversicherung AG

MARC KNACKSTEDT, Braunschweig
Vorsitzender des Vorstands der
Öffentlichen Versicherung Braunschweig
(seit 01.07.2023)

KLAUS G. LEYH, München
Mitglied des Vorstands
der Versicherungskammer Bayern

KNUD MAYWALD, Braunschweig
Vorsitzender des Vorstands der
Öffentlichen Versicherung Braunschweig
(bis 30.06.2023)

DR. MIRKO MEHNERT, Dresden
Mitglied des Vorstands der
Sparkassen-Versicherung Sachsen

MICHAEL MEIERS, Stuttgart
Mitglied des Vorstands der
SV Sparkassenversicherung Holding AG
(seit 12.05.2023)

DR. JENS PIORKOWSKI, Berlin
Abteilungsleiter Verbund
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.

MARKUS REINHARD, Telgte
Mitglied des Vorstands der
SV Sparkassenversicherung Holding AG

DR. FREDERIC ROSSBECK, Kleinmachnow
Vorsitzender des Vorstands der
Feuersozietät Berlin Brandenburg
Versicherung AG

GUIDO SCHAEFERS, Düsseldorf
Mitglied des Vorstands der Provinzial Holding AG

KATHARINA STECHER, Dormagen
Mitglied des Vorstands der
GVV Kommunalversicherung VVAG

THOMAS WEISS, Ihlow
Vorsitzender des Vorstands der
Ostfriesischen Landschaftlichen Brandkasse

ANDREAS ZIMMER, Magdeburg
Mitglied des Vorstands der ÖSA-
Öffentliche Versicherungen Sachsen-Anhalt
(seit 01.07.2023)

VORSTANDSVORSITZENDE

DRAGICA MISCHLER, Wiesbaden
Ressortzuständigkeiten: Finanzen, Personal, Marketing und Unternehmenskommunikation, Vertrieb, Interne Revision, Recht/Compliance.

VORSTAND

MARCUS HANSEN, Mönchengladbach
Ressortzuständigkeiten: Rechtsservice, Konzernorganisation und Zentrale Dienste, Beteiligungen.

BETINA NICKEL, Neuss
Ressortzuständigkeiten: Produkt- und Bestandsmanagement, IT.



LAGEBERICHT

→ *Grundlagen der Gesellschaft* 12

→ *Wirtschaftsbericht* 22

→ *Prognose-, Chancen- und Risikobericht* 29



Grundlagen der Gesellschaft

Wirtschaftsjahr 2023

Geschäftsmodell der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist ein Versicherungsunternehmen, das seinen Kunden modulare Rechtsschutzbausteine bietet. So lässt sich der private Versicherungsschutz für die Bereiche Privat, Verkehr, Haus und Wohnung sowie Beruf an die individuelle Lebenssituation der Kunden anpassen und kombinieren. Vergleichbare Lösungen bietet die ÖRAG auch für Firmenkunden, wobei insbesondere das Tätigkeitsfeld der Unternehmen und Betriebe berücksichtigt wird. Die ÖRAG ist der gemeinsame Partner für Rechtsschutzversicherungen der Gruppe öffentlicher Versicherer und der Sparkassen-Finanzgruppe. Den Vertrieb der Produkte übernehmen die Vertriebspartner der Versicherungsunternehmen und die Sparkassen.

Das Wirtschaftsjahr in Deutschland

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland ist im vergangenen Jahr zurückgegangen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank laut einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden 2023 um 0,3 % zum Vorjahr. Ein Jahr zuvor hatte es nach jüngsten Berechnungen noch 1,9 % Wachstum gegeben.

Im ersten Quartal wuchs die Wirtschaftsleistung in Deutschland preis-, saison- und kalenderbereinigt noch minimal um 0,1 % zum Vorquartal. Im zweiten und auch im dritten Vierteljahr stagnierte das BIP dann in Europas größter Volkswirtschaft. Im Schlussquartal schrumpfte die Wirtschaftsleistung laut einer ersten Schätzung der Statistiker schließlich um 0,3 %.

Experten zufolge ist vor allem die lahrende Weltkonjunktur aber auch die Konsumzurückhaltung der Verbraucher infolge hoher Inflationsraten für die schwache deutsche Konjunktur verantwortlich. „Die deutsche Wirtschaft bewegt sich seit fast vier Jahren in einem nahezu andauernden Krisenmodus“, hält das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) fest. Auf die Corona-Krise folgte im Februar 2022 der russische Angriff auf die Ukraine, der die Preise für Energie und Nahrungsmittel zeitweise extrem steigen ließ. Der Nahostkonflikt sorgt für neue Unsicherheit, zudem trifft die jüngste Haushaltskrise Deutschland in einem Moment wirtschaftlicher Schwäche.¹

Das Wirtschaftsjahr im Rechtsschutzmarkt

Laut GDV veränderten sich die gebuchten Bruttobeiträge im Rechtsschutzmarkt um +2,5 % auf 4,8 Mrd. € (Vj.: 4,7 Mrd. €). Die Anzahl an Rechtsschutzverträgen veränderte sich um +1,0 % auf 23,7 Mio. Stück (Vj.: 23,4 Mio. Stück). Für die Combined Ratio weist der GDV im Jahr 2023 einen Anstieg aus. Sie steigt voraussichtlich von 91,0 % im Jahr 2022 auf 97,0 % im aktuellen Berichtsjahr.²

Das Wirtschaftsjahr im Kapitalmarkt

Das Jahr 2023 am Kapitalmarkt war in Bezug auf Aktien- und Anleihen von Volatilität geprägt, fand jedoch durch die starke Jahresendrallye ein durchaus versöhnliches Ende.

Aktien und Anleihen starteten stark in das Jahr 2023. Teilweise handelte es sich dabei um eine Reaktion auf die erheblichen Verluste gegen Ende des vorherigen Jahres. Zudem erhielten die Märkte unerwartete Unterstützung durch positive Konjunkturdaten. Trotz dieser anfänglichen Dynamik setzte sich der Aufwärtstrend im Verlauf des ersten Quartals nicht fort, und die Märkte traten in eine Phase der Konsolidierung ein. Dies wurde durch überraschend hohe Inflationszahlen in Europa und den USA sowie weitere Zinserhöhungen und entsprechende Rhetorik („higher for longer“) der Europäischen Zentralbank (EZB) und der US-

¹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/bip-rezession-deutsche-wirtschaft-konjunktur-faq-100.html>

² <https://www.gdv.de/gdv/statistik/jahresmedienkonferenz-zahlen-und-daten>

Notenbank (Fed) zusätzlich befeuert. Die Turbulenzen im Bankensektor, speziell im Bereich der Regionalbanken in den USA, sorgten darüber hinaus für Unsicherheit an den Märkten.

Im weiteren Jahresverlauf sind vor allem der Hype rund um das Thema künstliche Intelligenz und die robuste US-Konjunktur als stabilisierende Faktoren zu nennen. Im Zuge der KI-Hausse wurde der Aktienmarkt von wenigen, entsprechend groß kapitalisierten Werten getragen. In diesem Zusammenhang überholten US-Aktien auch wieder europäische Werte, die sich bis dato vergleichsweise gut geschlagen hatten. In Europa übernahmen jedoch Konjunktur- bzw. Rezessionssorgen wieder die Oberhand. Auch die Hoffnungen auf ein deutliches Anspringen der chinesischen Wirtschaft sollten sich im Jahresverlauf zerschlagen. Hinzu kam der Beginn des Nahostkonflikts, der die Märkte allerdings nur kurz beschäftigte. Auch der Ölpreis reagierte nur vorübergehend, da vor allem Nachfragesorgen aufgrund konjunktureller Schwäche in den Fokus rückten.

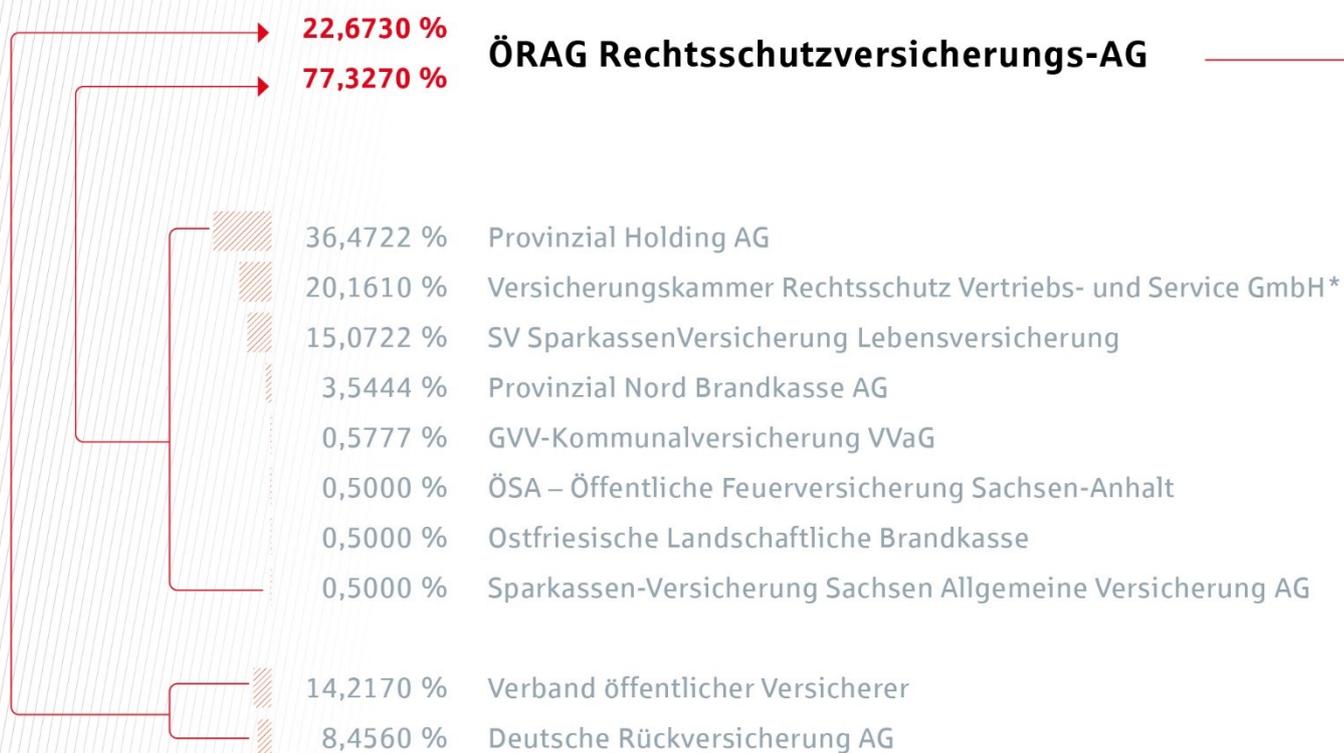
Nachdem sowohl die EZB als auch die Fed die Leitzinsen über das Jahr hinweg weiter erhöht hatten, wurde unterstützt durch den erkennbar rückläufigen Trend bei der Inflation zum Jahresende auf weitere Zinsschritte verzichtet. Die Kommunikation der Notenbanken öffnete die Tür für mögliche Zinssenkungen im Jahr 2024, was eine fulminante Jahresendrallye einleitete. Aktien- und Anleihen glänzten mit erheblichen Kursgewinnen, was 2023 unter dem Strich zu einem guten Börsenjahr machte.

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG wies für das Geschäftsjahr ein Kapitalanlageergebnis von 10,4 Mio. € aus. Die stillen Lasten auf Kapitalanlagen von 37,3 Mio. € im Vorjahr haben sich auf 4,2 Mio. € reduziert.

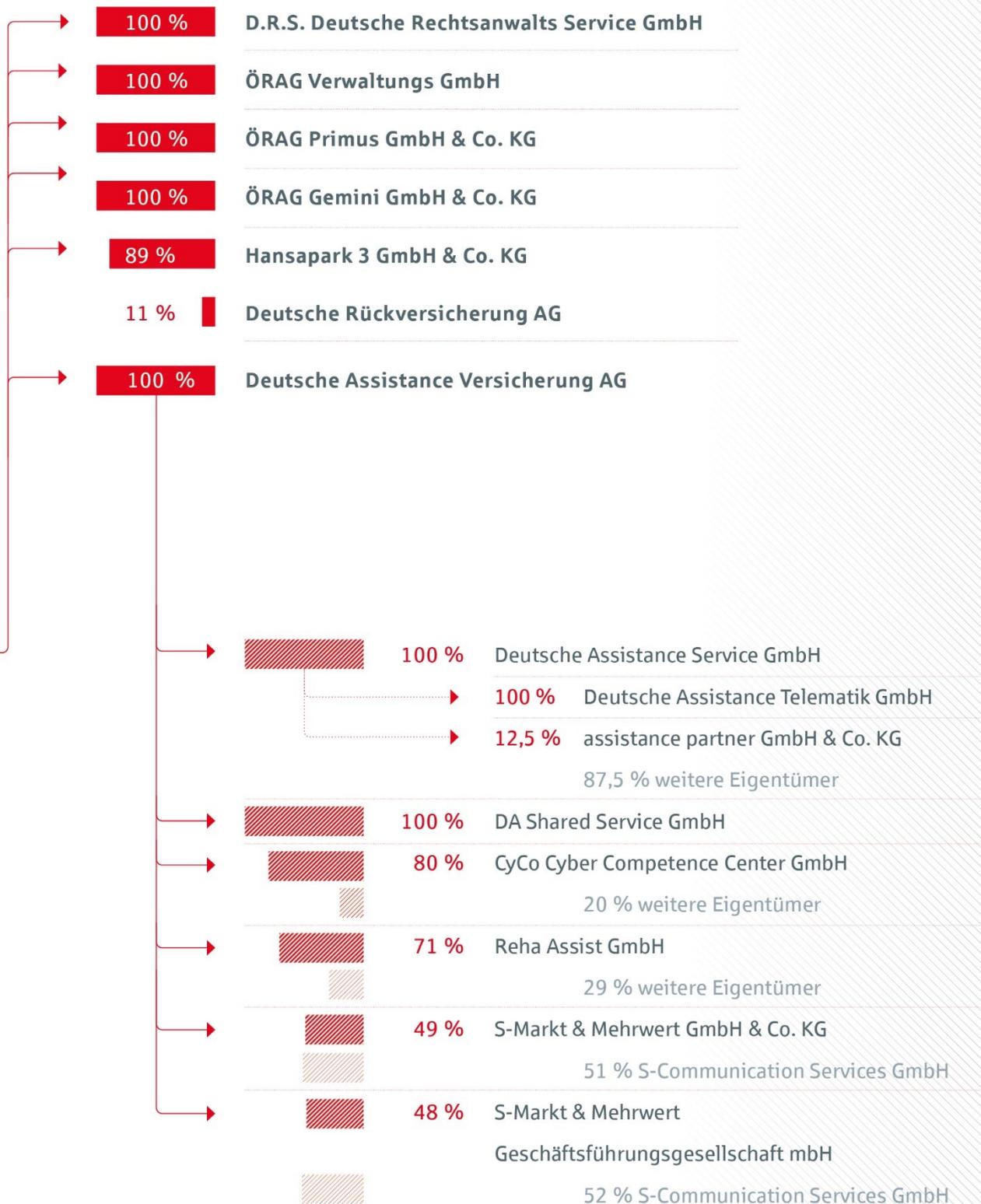
Hinweis zum Lagebericht

Gemäß gesetzlicher Vorschriften ist im Lagebericht eine Angabe zur Erklärung zur Unternehmensführung angegeben. Diese Angabe ist sachlogisch vollumfänglich nicht seitens des Wirtschaftsprüfers testierfähig, insofern bezieht sich der beigefügte Bestätigungsvermerk nicht auf die unter der genannten Teilüberschrift aufgeführten Informationen.

UNSERE UNTERNEHMENS- STRUKTUR



*vormals: Bavaria Versicherungs-Vermittlungs-GmbH



Tochterunternehmen

100%

D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH

Die D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH ist seit 2009 als Managementgesellschaft für das Angebot anspruchsvoller Rechts- und rechtsnaher Dienstleistungen im Verbund der öffentlichen Versicherer und der Sparkassen-Finanzgruppe angesiedelt. Die einzelnen Leistungen sind dabei so ausgerichtet, dass sie unsere Auftraggeber als verlässliche Partner positionieren, die ihre Kunden bei der Lösung von Rechtsproblemen kompetent unterstützen.

100%

ÖRAG Verwaltungs GmbH

Gegenstand der ÖRAG Verwaltungs GmbH ist die Verwaltung eigenen Vermögens sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an den Personengesellschaften ÖRAG Primus GmbH & Co. KG und ÖRAG Gemini GmbH & Co. KG.

100%

ÖRAG Primus GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft ist die Verwaltung eigenen Vermögens, insbesondere des eigenen Grundbesitzes.

100%

ÖRAG Gemini GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft ist die Verwaltung eigenen Vermögens, insbesondere des eigenen Grundbesitzes.

89%

Hansapark 3 GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb, die Verwaltung sowie die Verwertung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten.

100%

Deutsche Assistance Versicherung AG

Im Auftrag der öffentlichen Versicherer hat die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG im Jahr 2011 die Deutsche Assistance Versicherung AG gegründet. Intention des Unternehmens ist es, die wachsende Nachfrage nach speziellen Versicherungslösungen im Finanzverbund mit einem gemeinsamen Risikoträger zu bedienen.

100%

Deutsche Assistance Service GmbH

Die Deutsche Assistance Service GmbH ist Dienstleistungspartner mit ganzheitlichem Service. Als Unternehmen für die Erbringung von Assistance-Leistungen verfügt die Deutsche Assistance Service GmbH über Infrastrukturen, mit denen sich die teilweise komplexen Unterstützungsleistungen wirtschaftlich organisieren lassen.

100%

Deutsche Assistance Telematik GmbH

Die Deutsche Assistance Telematik GmbH ist ein Tochterunternehmen der Deutschen Assistance Service GmbH. Sie bietet Call- und Serviceleistungen in enger Zusammenarbeit mit ihrer Muttergesellschaft an, für die ein breites Spektrum an Leistungen erbracht wird. Das Unternehmen setzt ihr Know-how zusätzlich auch in weiteren Sparten ein, u.a. im Bereich Smart Home.

100%

DA Shared Service GmbH

Als Orchestrator und Realisierungspartner entwickelt die DA Shared Service GmbH zentrale Themen für und im Verbund der öffentlichen Versicherer.

80%

CyCo Cyber Competence Center GmbH

Die CyCo Cyber Competence Center GmbH mit Sitz in Hannover richtet ihr Dienstleistungs- und Produktportfolio auf den wachsenden Markt für Versicherungen gegen Cyberkriminalität aus. Sie bietet den öffentlichen Versicherern und der Sparkassen-Finanzgruppe somit ganzheitliche Unterstützung im Bereich der Cyber-Risiken, sowohl mit ihrem Angebot an präventiven Leistungen als auch bei der Leistungsabwicklung selbst.

71%

Reha Assist GmbH

Die Reha Assist GmbH mit Sitz in Arnshausen hat sich mit ihren Rehabilitationsdienstleistungen auf die Betreuung von Unfallopfern und Schwerkranken spezialisiert. Neben den 260 aktiven Pflegekräften für Assistenzmodelle und den freiberuflichen Reha-Managern gehören mehr als 100 fest angestellte Reha- und Pflegeberater, Arbeitsvermittler und Mediziner zum Netzwerk der Gesellschaft. Sie unterstützen die Betroffenen bei der Steuerung ihrer medizinischen Rehabilitation, organisieren deren Wiedereingliederung in das Berufsleben und klären im Bedarfsfall die Pflegesituation.

49%

S-Markt & Mehrwert GmbH & Co. KG

Die S-Markt & Mehrwert GmbH & Co. KG bietet für Sparkassen, deren Verbundpartner und weitere Unternehmen telefonisches und elektronisches Kundenkontaktmanagement sowie umfassende Markt- und Mehrwertleistungen an. Durch die Bündelung marktorientierter Dienstleistungen im Kundenservice, Marketing und Vertrieb eröffnet sie vielfältige Nutzungsoptionen zur Realisierung von Effizienz- und Wachstumszielen sowie zur Umsetzung individueller Marktbearbeitungs- und Digitalisierungsstrategien.

48%

S-Markt & Mehrwert Geschäftsführungsgesellschaft mbH

Gegenstand der S-Markt & Mehrwert Geschäftsführungsgesellschaft mbH ist die Übernahme der Geschäftsführung und der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei anderen Handelsgesellschaften, insbesondere bei der S-Markt & Mehrwert GmbH & Co. KG.

Partnerunternehmen

	Provinzial Holding AG
 <p>Ein Stück Sicherheit.</p>	Versicherungskammer Rechtsschutz Vertriebs- und Service GmbH*
	SV Sparkassenversicherung Holding AG
 <p>Die Versicherung der Sparkassen</p>	Provinzial Nord Brandkasse AG
 <p>Finanzgruppe</p>	SAARLAND Feuerversicherung AG
 <p>Landesbrandversicherung AG</p>	Lippische Landesbrandversicherung AG
	GVV-Kommunalversicherung VVaG
 <p>Finanzgruppe</p>	ÖSA – Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt
 <p>Partner der Finanzgruppe</p>	Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse
	S.V. Holding AG
	Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG

* vormals Bavaria Versicherungs-Vermittlungs-GmbH

Organisationsstruktur

Vertriebsstruktur

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG nutzt für ihren Vertrieb die kundennahe Vertriebsorganisation ihrer Anteilseigner und Partnergesellschaften. Das selbst abgeschlossene Geschäft wurde fast ausschließlich durch die Geschäftsstellen und Sparkassenvertretungen folgender Unternehmen vermittelt:

- Provinzial Versicherung AG, Düsseldorf
- Versicherungskammer Rechtsschutz Vertriebs- und Service GmbH, München (vormals: Bavaria Versicherungs-Vermittlungs-GmbH)
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart
- Provinzial Nord Brandkasse AG, Kiel
- SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken
- ÖSA – Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- Lippische Landesbrandversicherung AG, Detmold
- S.V. Holding AG, Dresden
- GVV-Kommunalversicherung VVaG, Köln
- Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich
- Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin
- Öffentliche Sachversicherung Braunschweig, Braunschweig

Schadensbearbeitung

Die Bearbeitung und die Regulierung von Versicherungsfällen erfolgen zentral im Hause der ÖRAG.

Bestandsverwaltung

Zentral werden durch die ÖRAG folgende Rechtsschutzbestände betreut:

- GVV-Kommunalversicherung VVaG, Köln
- ÖSA – Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich
- Öffentliche Sachversicherung Braunschweig, Braunschweig

Folgende Unternehmen verwalten den Rechtsschutzbestand in ihren Häusern:

- Lippische Landesbrandversicherung AG, Detmold

Unter Nutzung des integrierten Gesamtsystems der ÖRAG verwalten folgende Unternehmen den Rechtsschutzbestand in ihren Häusern:

- Provinzial Nord Brandkasse AG, Kiel (durch die Hamburger Feuerkasse Versicherungs-AG, Hamburg)
- Provinzial Versicherung AG, Düsseldorf (durch die Hamburger Feuerkasse Versicherungs-AG, Hamburg)
- S.V. Holding AG, Dresden
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart
- Versicherungskammer Rechtsschutz Vertriebs- und Service GmbH, München
- Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin (verwaltet durch die Versicherungskammer Rechtsschutz Vertriebs- und Service GmbH, München)
- SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken (verwaltet durch die Versicherungskammer Rechtsschutz Vertriebs- und Service GmbH, München)

Geschäftsbereiche

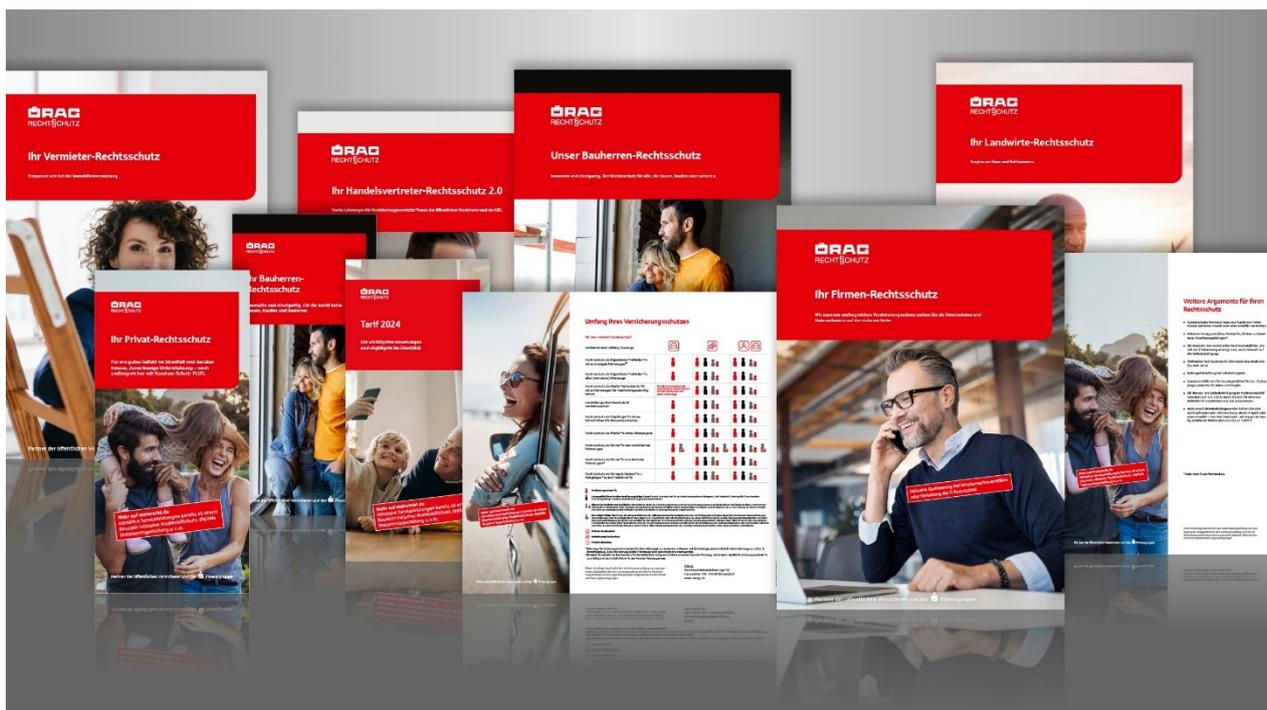
- Rechtsschutz für Privatkunden
- Rechtsschutz für Firmenkunden
- Rechtsschutz für Ärzte
- Rechtsschutz für Vermieter
- Rechtsschutz für Top-Manager
- Kommunal-Rechtsschutz
- Rechtsschutz für Verbundpartner
- Rechtsschutz für Landwirte
- Rechtsschutz für Bauherren
- Rechtsschutz für Vereine
- Rückversicherung im Bereich Rechtsschutz und Schutzbriefversicherung

Produktkonzept

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist der gemeinsame Experte für Rechtsschutzversicherungen der Gruppe öffentlicher Versicherer und der Sparkassen-Finanzgruppe. Unsere Leistungen sind auf die Interessen der Partner im Finanzverbund ausgerichtet und ergänzen deren Angebotsspektrum mit unseren modularen Rechtsschutzprodukten im Bausteinsystem. Rechtsschutz kombinieren wir mit Service und Kundenbetreuung im Schadenfall über **MEINRECHT**. Neben Rechtsschutzlösungen für den privaten und gewerblichen Bereich umfasst das Produktportfolio der ÖRAG auch spezielle Zielgruppenkonzepte.

Privatkunden

Ob im Berufsumfeld, durch die Teilnahme am Straßenverkehr oder im Zusammenhang mit Haus und Wohnung: Im Alltag kann es schnell zu Rechtsstreitigkeiten kommen. Zur Absicherung wünschen Privatkunden einen umfassenden Rechtsschutz, der in allen Lebenssituationen greift und sie verlässlich absichert. Die Rechtsschutzprodukte der ÖRAG bieten Versicherungsschutz für die Bereiche Privat, Verkehr, Haus und Wohnung sowie Beruf. Das Produktangebot ist modular aufgebaut. Die einzelnen Bausteine können individuell kombiniert und maßgeschneidert an Kundenanforderungen angepasst werden.



Firmenkunden

Wirksamer Rechtsschutz ist für Unternehmen ein unerlässliches Mittel zur Risikovorsorge. Die Rechtsschutzprodukte der ÖRAG bieten Firmen einen zuverlässigen Schutz, der in unterschiedlichen Lagen greift und umfassende Sicherheit bietet. Auch die Versicherungslösungen für Firmenkunden lassen sich individuell zusammenstellen und somit exakt dem Bedarf anpassen. Sie sind branchenübergreifend für Unternehmen jeder Größenordnung geeignet. Über den Firmen-Rechtsschutz hinaus ermöglichen wir mit dem Top-Manager-Rechtsschutz die Absicherung der persönlichen beruflichen Rechtsrisiken für Geschäftsführer und Vorstände sowie deren Aufsichtsgremien.

Spezielle Zielgruppenkonzepte

Unsere Zielgruppenkonzepte sichern Rechtsrisiken ab, die für spezielle Tätigkeitsfelder oder Bevölkerungsgruppen relevant sind. Zu diesem Bereich zählen Rechtsschutzpakete für Ärzte, Landwirte, Handelsvertreter und Vermieter sowie für Vereine, Bauherren, Hauseigentümer und die Zielgruppe 50+. Ganzheitliche Rechtsschutzlösungen bieten wir zudem für Kommunen und kommunale Unternehmen. Als Vertriebspartner tragen die öffentlichen Versicherer und die Sparkassen-Finanzgruppe wesentlich zum Geschäftserfolg der ÖRAG bei. Dementsprechend stellen wir den Beschäftigten des Finanzverbunds besondere Rechtsschutzangebote zur Verfügung. Zudem bieten wir Lösungen zur rechtlichen Absicherung der Sparkassen-Institute und ihres Top-Managements.

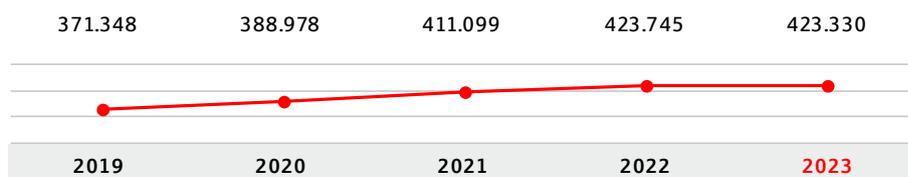
Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge konnten im Berichtsjahr den hohen Stand halten und lagen mit 423,3 Mio. € auf Vorjahresniveau (Vj.; 423,7 Mio. €).

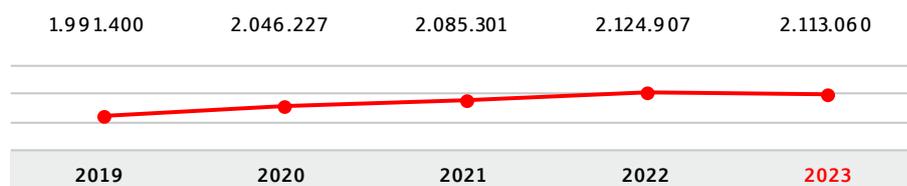
Im Berichtsjahr wurde ein Teil des Rechtsschutzversicherungsbestandes mit einem Volumen von 39.579 Verträgen verkauft. Obwohl die Beitragssteigerung des Marktes (+2,5 %) somit nicht erreicht werden konnte, konnte das Beitragsvolumen unserer Gesellschaft trotzdem auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Der Vertragsbestand liegt mit 2.113.060 Verträgen leicht unter dem Vorjahr (2.124.907).

Die Stornoquote betrug 2023 auf Basis der Stückzahlen 6,5 % (Vj.; 6,2 %) und auf Basis der Beiträge 7,8 % (Vj.; 6,1 %).



Entwicklung der gebuchten Bruttobeitragseinnahmen in T€.



Entwicklung der Anzahl der Rechtsschutzversicherungsverträge in Stück.

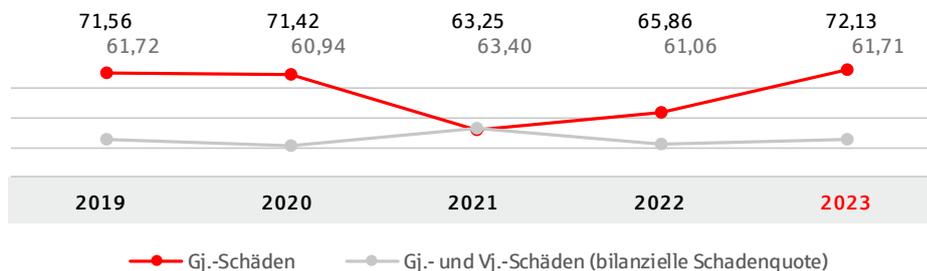
Schadenverlauf

Die Zahl der im Berichtsjahr gemeldeten Schäden stieg von 302.214 (2022) um 6.487 (+2,15 %) auf 308.701.

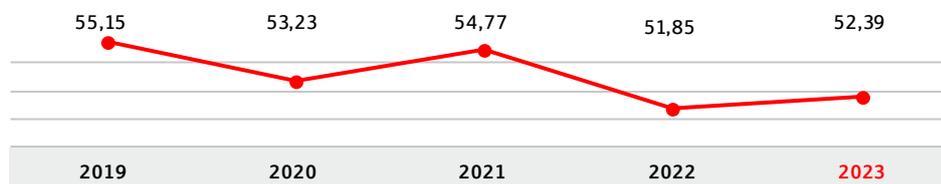
Für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres hatte die Gesellschaft an Zahlungen und Rückstellungen 304.833 T€ aufzuwenden. Dies ergibt eine gestiegene Geschäftsjahresschadenquote von 72,13 % (Vj.; 65,86 %) des verdienten Bruttobeitrags.

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle betragen insgesamt 260.778 T€. Damit ergibt sich eine bilanzielle Bruttoschadenquote von 61,71 %, die im Vergleich zum Vorjahr um 0,65 Prozentpunkte höher ausfiel. Die gestiegenen Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres führten bei einem ebenfalls gestiegenen positiven Bruttoabwicklungsergebnis (2023: 44.055 T€; 2022: 20.068 T€) zu einer bilanziellen Bruttoschadenquote des Geschäftsjahres, die nur leicht über dem Vorjahresniveau lag. Die bilanzielle Nettoschadenquote stieg von 60,99 % im Jahr 2022 auf 61,7 % im Jahr 2023.

Die Bruttozahlungsquote (inklusive Schadenregulierungskosten) stieg leicht um 0,54 Prozentpunkte auf 52,39 % im Jahr 2023. An den Bruttozahlungen beteiligten sich die Rückversicherer 2023 (1.329 T€) in geringerem Umfang als 2022 (1.572 T€). Diesem Trend folgend stieg die Nettozahlungsquote (inklusive Schadenregulierungskosten) von 51,74 % im Jahr 2022 um 0,6 Prozentpunkte auf 52,34 % im Jahr 2023, auch bedingt durch die gleiche Entwicklung von gestiegenen Schadenzahlungen und gestiegenen verdienten Beiträgen.



Entwicklung der Schadenquoten (brutto) auf Basis der verdienten Bruttobeiträge in %.

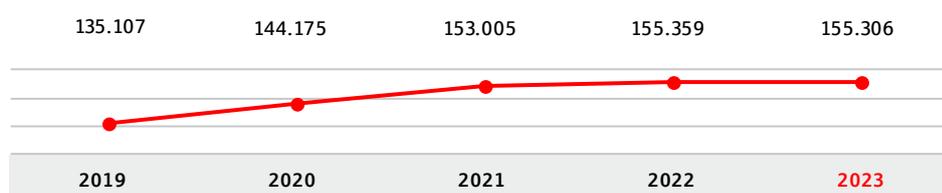


Entwicklung der Zahlungsquoten (brutto) auf Basis der verdienten Bruttobeiträge in %.

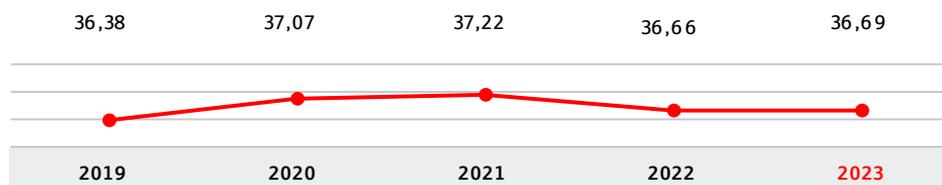
Kostenentwicklung

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb verringerten sich im Berichtszeitraum leicht um 53 T€ (-0,03 %) auf 155.306 T€. Sie belasten den gebuchten Beitrag mit 36,69 % (Vj.; 36,66 %).

Aufgrund der sich stabil entwickelnden gebuchten Bruttobeiträge (-415 T€, -0,10 %) liegt die Kostenquote bei kaum veränderten Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb (-53 T€, -0,03 %) auf Vorjahresniveau. Der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen (+1.624 T€) wird durch rückläufige Provisionen (-1.677 T€) kompensiert.



Entwicklung der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (brutto) in T€.



Entwicklung der Kostenquoten (brutto) auf Basis der gebuchten Bruttobeiträge in %.

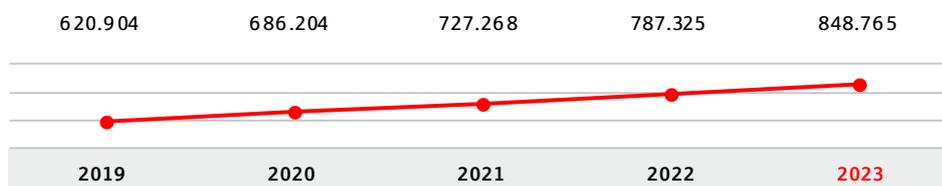
Kapitalanlagen

Im Berichtsjahr beträgt der Buchwert der Kapitalanlagen 848.765 T€ (+7,8 %). Der Anstieg beruht insbesondere auf zusätzliche Investitionen im Bereich Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (51.341 T€). Im Rahmen des Neubauprojekts „Twin Cubes“ – dem neuen Campus Düsseldorf der Gemeinschaftsunternehmen der öffentlichen Versicherer – hatte die ÖRAG in 2022 einen 89 %-Anteil an der Zweckgesellschaft Hansapark 3 GmbH & Co. KG erworben. Im Geschäftsjahr erfolgte eine Investition in Höhe von 13.640 T€ in die Gesellschaft.

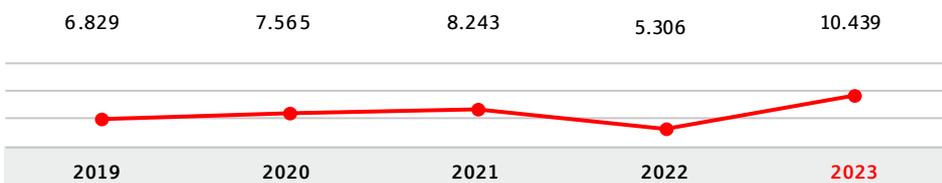
Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen erreichte 10.439 T€ (2022: 5.306 T€). Wesentlich beeinflusst wurde das Kapitalanlageergebnis im Berichtsjahr durch die Ausschüttung des ÖRAG-Fonds (2023: 5.200 T€) und gestiegene laufende Zinserträge (2023: 4.591 T€). Das Nettoergebnis ergab sich aus den laufenden Erträgen aus anderen Kapitalanlagen (2023: 9.791 T€; 2022: 3.085 T€), den Erträgen aus Gewinnabführung mit verbundenen Unternehmen (2023: 1.660 T€; 2022: 3.117 T€) sowie Aufwendungen für Kapitalanlagen (2023: 1.012 T€; 2022: 896 T€).

Insgesamt betrug die Nettorendite 1,23 % (2022: 0,67 %).

Die Kapitalanlagen weisen per Saldo insgesamt stille Lasten in Höhe von 4.209 T€ auf.



Entwicklung des Kapitalanlagenbestands in T€.



Entwicklung des Kapitalanlageergebnisses in T€.

Geschäftsergebnis

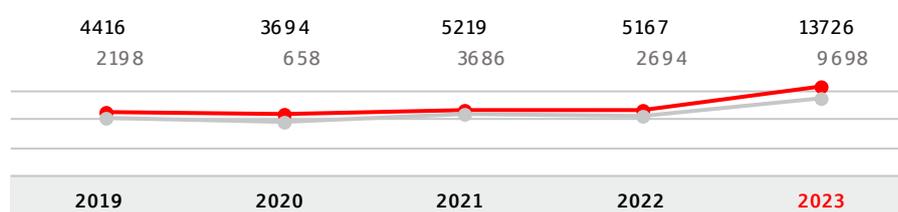
Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren der Gesellschaft sind die Entwicklung der gebuchten Bruttobeiträge, die erreichte Schaden- und Kostenquote sowie das Ergebnis aus Kapitalanlagen.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis (5.543 T€) hat hauptsächlich durch die gestiegenen Beiträge (2023: 420.494 T€; 2022: 415.772 T€) bei gleichzeitig gestiegenen Schadenaufwendungen (2023: 259.449 T€; 2022: 253.598 T€) und fast unveränderten Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (2023: 155.306 T€; 2022: 155.359 T€) das Vorjahresniveau leicht unterschritten. Die Erträge bei den Kapitalanlagen von 11.451 T€ in 2023 (2022: 6.202 T€) und der Anstieg der sonstigen Erträge durch den Verkauf eines Teilbestands (2023: 22.848 T€; 2022: 13.440 T€) begründen die Zunahme des nichtversicherungstechnischen Ergebnisses.

Die Steueraufwendungen vom Einkommen und Ertrag sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen (2023: 3.977 T€; 2022: 1.225 T€). Die sonstigen Steuern sanken durch einen einmaligen Effekt bei den Umsatzsteuern im Vorjahr (2023: 6 T€; 2022: 1.152 T€).

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit erhöht sich um 8.559 T€ auf 13.726 T€.

Insgesamt ergab sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 9.698 T€, im Vorjahr wurde ein Jahresüberschuss von 2.694 T€ ausgewiesen.



Entwicklung der Geschäftsergebnisse in T€.

Die Erfolgsrechnungen führen zu folgendem Ergebnis:

	2023	2022
	T€	T€
Versicherungstechnische Rechnung		
Selbst abgeschlossenes Geschäft	3.594	6.407
In Rückdeckung übernommenes Geschäft	1.949	-109
	5.543	6.298
Nichtversicherungstechnische Rechnung		
Erträge aus Kapitalanlagen	11.451	6.202
Aufwendungen für Kapitalanlagen	-1.012	-895
Kapitalanlagenergebnis	10.439	5.307
Sonstiges Ergebnis	-2.255	-6.439
Außerordentliches Ergebnis	-46	-96
Steuern vom Einkommen und Ertrag, Sonstige Steuern	-3.983	-2.377
	4.155	-3.605
Jahresüberschuss	9.698	2.693
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	2.694	3.459
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-2.694	-3.459
Bilanzgewinn	9.698	2.693

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalstatistik

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 waren durchschnittlich 443 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vj. 405) bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG beschäftigt, davon in Vollzeit 340 (76,64 %) und in Teilzeit 103 (23,36 %). Die Krankheitsquote mit Kurz- und Langzeiterkrankungen ist von 7,07 % auf 6,32 % gesunken. Die Fluktuationsquote lag bei 6,62 % (Vj. 5,90 %).

Beschwerdestatistik

Mit bedarfsgerechten Rechtsschutzbausteinen und der ausgeprägten Kundenorientierung des **MEIN-RECHT**-Service erzielten wir eine hohe Kundenzufriedenheit. Eingaben an die Geschäftsleitung, die Aufsichtsbehörde oder den Ombudsmann sowie Klagen gegen die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG lagen, bezogen auf die Vertragsanzahl, bei ca. 0,25 ‰ (Vj. 0,20 ‰).

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2024 geht die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG aus heutiger Sicht von weiterem Wachstum und einem erneuten Ausbau der Position im deutschen Rechtsschutzmarkt aus. Als Erfolgstreiber dürften sich dabei insbesondere die Zusammenarbeit im Finanzverbund sowie unser Produktportfolio bewähren.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Wirtschaftlichen Aussichten für das Jahr 2024 bleiben trotz einiger Herausforderungen stabil, wie von führenden Wirtschaftsinstituten prognostiziert wird. Die Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) variieren zwischen einem Rückgang von -0,5% und einem moderaten Wachstum von +0,7%. Gemäß der im März 2024 veröffentlichten Prognose des HRI (Handelsblatt Research Institut) wird es in 2024 wieder zu einer Rezession kommen und die Wirtschaftsleistung um -0,2% sinken. Trotz der Hoffnung auf eine wirtschaftliche Regeneration nach dem Einbruch während der Corona-Pandemie ab dem Jahr 2020 blieb diese Regeneration aufgrund der geopolitischen Entwicklungen und der Rekordinflation im Jahr 2022 hinter den Erwartungen zurück. Im Jahr 2023 verschärfte sich die Situation weiter und führte zu einer Rezession, wobei das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um -0,3% gegenüber dem Vorjahr gesunken ist.³

Begonnen mit der Corona-Pandemie über den nunmehr seit zwei Jahren andauernden Krieg in der Ukraine bis hin zur Energiekrise und dem eskalierenden Nahostkonflikt sah und sieht sich die deutsche Wirtschaft einer Reihe von Herausforderungen gegenüber. Diese Entwicklungen haben die Bürger und die Unternehmen in den letzten Jahren stark beeinträchtigt. Viele Bürger mussten ihren Konsum reduzieren und verstärkt Rücklagen bilden, während Unternehmen bei Investitionen sparten. Insgesamt verzeichnet die deutsche Wirtschaft zwischen 2020 und 2023 einen Ausfall von insgesamt 545 Mrd. €. ⁴Laut GfK Kaufkraftstudie wird die Kaufkraft der Deutschen in 2024 um 2,8% zulegen.⁵

Im aktuellen Jahr wird von Ökonomen eine spürbare Abschwächung der Inflation erwartet. Das ifo-Institut prognostiziert beispielsweise für 2024 eine Inflationsrate von 2,2% in Deutschland, während die Bundesbank davon ausgeht, dass die deutsche Wirtschaft ab Anfang 2024 wieder auf Expansionskurs einschwenken und allmählich an Fahrt gewinnen wird. Diese Inflationsprognosen führen auch zu Diskussionen über die Zinspolitik der Notenbanken. Laut einer Bloomberg-Umfrage plant die Europäische Zentralbank in diesem Jahr vier Zinssenkungen, da die Inflation schneller zurückgeht als bisher angenommen. Der Beginn der Zinssenkungen um jeweils 25 Basispunkte wird für den Monat Juni erwartet.⁶

Durch die Bewegungen an den Finanzmärkten und die volatile Preisentwicklung insbesondere bei Lebensmitteln und Energieversorgung verschärfen sich die Gefahren für die Weltwirtschaft über bereits bestehende Lieferengpässe hinaus. Eine erneute Beeinträchtigung des prognostizierten Wirtschaftswachstums und der Kaufkraft der Endverbraucher ist damit nicht auszuschließen.

In Zeiten von Unsicherheit konsumieren die Verbraucher oft weniger und halten sich mit ihrem Konsum zurück, dies kann auch Auswirkungen auf die Versicherungswirtschaft in Deutschland haben. Die ÖRAG

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/73769/umfrage/prognosen-zur-entwicklung-des-deutschen-bip/> (Stand 13.03.2024)

⁴ <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/konjunktur-krisen-kosten-deutsche-volkswirtschaft-545-milliarden-euro/100017460.html>

⁵ <https://www.gfk.com/de/presse/Kaufkraft-der-Deutschen-steigt-2024-auf-27848-Euro> (Stand 10.01.2024)

⁶ <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/inflation-2024-wie-entwickelt-sich-die-inflationsrate-in-deutschland-/26656644.html>

Rechtsschutzversicherungs-AG beobachtet die laufenden Entwicklungen und möglichen Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit. Die Eintrittswahrscheinlichkeit möglicher Chancen ist durch das anspruchsvolle Umfeld geringer geworden.

Branchenkonjunktur

Wir gehen trotz der skizzierten wirtschaftlichen Entwicklung davon aus, dass es auf der Kundenseite zu einer nach wie vor gleichbleibenden Nachfrage nach Rechtsschutzprodukten kommt, um das Kostenrisiko abzusichern. Daher ist weiterhin marktweit von einem Beitragsplus im Rechtsschutz auszugehen.

Geschäftsentwicklung der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Für die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG bestehen auch weiterhin Wachstumspotenziale. Inwieweit diese voll ausgeschöpft werden können, hängt im Wesentlichen von der Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in 2024 ab.

Im Rahmen unserer Gesamtstrategie liegt im Jahr 2024 ein besonderer Fokus auf der Entwicklung von Zielgruppenansätzen, die darauf abzielen neue Kundensegmente zu erschließen. Mit der sukzessiven Markteinführung des neuen Tarifs 2024 erweitert die ÖRAG nicht nur das Leistungsangebot für ihre Privatkunden signifikant, sondern rückt auch verstärkt Firmenkunden in den Fokus. Die Zielsetzung besteht darin, maßgeschneiderte Gewerbe- und Branchenlösungen zu etablieren und gleichzeitig die verschiedenen Alters- und Zielgruppen im Privatkundensegment weiter anzusprechen. Darüber hinaus streben wir den kontinuierlichen Ausbau unseres Produktportfolios an, wobei wir mit dem Tarif 2024 insbesondere das Rechtsschutzprodukt um Assistance- und Rechtsdienstleistungen unserer Tochterunternehmen ergänzen.

Die Automatisierung, Standardisierung, Digitalisierung bleibt - insbesondere auch unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung des Themas KI - ein zentrales Thema im Rahmen des Strategieprozesses der ÖRAG. Dies gilt sowohl im Hinblick auf unsere Produkte als auch in Bezug auf eine verbesserte Versicherungstechnik durch digitale Effizienz. Der Ausbau innovativer digitaler Rechtsdienstleistungen ist zusätzliches Fokusthema. In unserer Personalstrategie steht die Mitarbeiterbindung („Finden – Binden – Entwickeln“) im Zentrum.

Bezogen auf den Vertrieb rechnen wir auch künftig mit einem starken Neugeschäft. Im laufenden Jahr stehen neben Produktbaukästen für Privatkunden auch Zielgruppenprodukte wie z.B. der Bauherren-Rechtsschutz to go mit Fokus auf die energetische Sanierung und die überarbeiteten Konzepte im Firmen-Rechtsschutz im Mittelpunkt des Produktvertriebs. Der Multikanalvertrieb wird weiter forciert. Wir erwarten eine Steigerung der gebuchten Bruttobeiträge auf ein Niveau zwischen 448 und 455 Mio. €. In 2024 gehen wir von einem steigenden Schadenaufwand aus. Hierbei erwarten wir, dass sich die durch Corona stark zurückgegangene Schadenfrequenz weiter Richtung Vor-Corona-Niveau normalisiert.

Aufgrund der Investitionsmaßnahmen gehen wir aktuell von leicht steigenden Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb aus. Trotz der Unsicherheiten an den Kapitalmärkten prognostizieren wir, dass das Kapitalanlageergebnis auf dem Niveau des Vorjahrs ausfallen wird. Wir erwarten ein positives versicherungstechnisches Ergebnis, welches getrieben durch die Beitragsanpassung das Vorjahresergebnis übertreffen wird. Den Jahresüberschuss erwarten wir etwas unter dem Ergebnis des Vorjahres, das durch einen Sondereffekt positiv beeinflusst war. Die Beitragsprognose für das Geschäftsjahr 2023 wurde aufgrund der gestiegenen Bauzinsen für Immobiliendarlehen und dem damit einhergehenden Rückgang der Nachfrage nach Bauherren-Rechtsschutz Produkten unterschritten. Das Jahresergebnis vor Steuer lag aufgrund der deutlich unter Plan liegenden Schadenentwicklung deutlich über dem Vorjahr und über der Prognose.

Chancenbericht

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG verfügt über aussichtsreiche Chancen, die eine günstige Fortentwicklung des Unternehmens fördern und zu einem weiterhin positiven Geschäftsverlauf beitragen. Relevant sind hierbei neben externen Entwicklungen auch zahlreiche interne Potenziale.

Vertriebsstruktur

Ein stabiles Fundament der nachhaltigen Positionierung des Unternehmens im deutschen Rechtsschutzmarkt ist die ÖRAG-Vertriebsstruktur. Sie setzt auf eine enge Zusammenarbeit mit den öffentlichen Versicherern und der Sparkassen-Finanzgruppe, wobei deren Aktivitäten als Vertriebspartner gefördert werden. Hieraus resultieren für alle Beteiligten optimale Voraussetzungen, um konsequent vertriebliche Chancen zu nutzen und Potenziale zu heben. Die flächendeckende Präsenz unserer Partner sorgt zugleich für den Vorteil einer großen Nähe zu Kunden und Interessenten. Dies eröffnet gute Möglichkeiten im Hinblick auf die Gewinnung und Bindung von Versicherungsnehmern. Attraktive Produktfeatures unterstützen die Kundenansprache und fördern zugleich die Überzeugungskraft im Beratungsgespräch. Damit ist die ÖRAG gut aufgestellt, um weiterhin vertrieblich erfolgreich zu sein.

Produktportfolio

Im Rahmen unserer Produktentwicklungsstrategie liegt im Jahr 2024 ein besonderer Fokus auf der Einführung innovativer digitaler Rechtsdienstleistungen, die darauf abzielen neue Kundensegmente zu erschließen. Mit der sukzessiven Markteinführung des neuen Tarifs 2024 erweitert die ÖRAG nicht nur das Leistungsangebot für ihre Privatkunden signifikant, sondern rückt auch verstärkt Firmenkunden in den Fokus ihrer Bemühungen. Die Zielsetzung besteht darin, maßgeschneiderte Gewerbe- und Branchenlösungen zu etablieren und gleichzeitig die Altersgruppen der 20- bis 30-Jährigen im Privatkundensegment weiter anzusprechen. Darüber hinaus streben wir den kontinuierlichen Ausbau unseres Produktportfolios an, wobei wir mit dem Tarif 2024 insbesondere das Rechtsschutzprodukt um Assistance-Leistungen unserer Tochterunternehmen ergänzen. Somit lassen sich Marktchancen vorteilhaft nutzen, denn maßgeschneiderte Produktpakete erleichtern nicht nur die Kundenansprache, sie sorgen auch für gute Argumente bei vertrieblichen Beratungsgesprächen im Finanzverbund.

Serviceorientierung

Mit ihren ausgezeichneten Serviceleistungen setzt die ÖRAG auf hohe Kundenorientierung, was die Kundenzufriedenheit und damit auch die Kundenbindung nachhaltig forciert. Mit dem aktuellen Tarif wurden unsere Dienstleistungen unter dem Namen **MEINRECHT** nochmals aufgewertet. Diese von der Ratingagentur Franke und Bornberg mit Bestnoten bewertete Tarifgeneration basiert auf verbesserten bzw. neuen Leistungen wie Online-Rechtsberatung; leistungsstärkere Mediation; Mitversicherung von Partnern, Enkeln, Eltern und Großeltern; Arbeits-Rechtsschutz bei Androhung einer Kündigung; Aktiver Straf-Rechtsschutz; Patienten-, Betreuungs- und Vorsorgeverfügungen; digitale Testamentserstellung.⁷

Demografischer Wandel

Die demografische und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland geht auch mit einer Individualisierung der privaten Haushalte einher. So gab es nach Angaben der statistischen Ämter des Bundes und der

⁷ <https://www.oerag.de/content/die-oerag/oerag-konzern/auszeichnungen/>

Länder im Jahr 2022 bundesweit 40,90 Millionen Privathaushalte. Dabei hatten Einpersonenhaushalte einen Anteil von 40,80 %.⁸ Durch diese Veränderungen vergrößert sich der Kreis potenzieller Versicherungsnehmer, denen die ÖRAG individuell passende Produkte bieten kann. Ob Single, Familie, jüngere oder ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger – das Produktportfolio der ÖRAG beinhaltet für alle Bevölkerungsgruppen Angebote.

Digitalisierung

Wesentliches Element der ÖRAG-Strategie ist die Ausrichtung des Unternehmens auf digitale Möglichkeiten und damit verbundene Chancenpotenziale. So sorgt einerseits die Digitalisierung der internen Abläufe und der Zusammenarbeit mit den Vertriebspartnern für erhöhte Effizienz und reduzierte Prozesskosten. Zum anderen lassen sich durch digitalisierte Angebote, wie beispielsweise bei den Kontaktmöglichkeiten, die Kundenbindungen weiter ausbauen und die Ansprache jüngerer Kunden verstärken. Darüber hinaus eröffnet die allgemein fortschreitende Digitalisierung neue Produktmöglichkeiten wie den Cyber-Rechtsschutz und andere Schutzangebote für den digitalen Raum und die Internetwelt.

Rechtskosten

Durch Anpassung des RVG Anfang 2021 sind nicht nur Anwaltsgebühren, sondern auch weitere Rechtskosten deutlich gestiegen. Dadurch gewinnt absichernder Rechtsschutz für Privat- und Firmenkunden zunehmend an Bedeutung. Aufgrund der Marktposition können die ÖRAG und ihre Partner vom wachsenden Interesse in hohem Maße profitieren.

⁸ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/1-1-privathaushalte-haushaltsmitglieder.html>

Risikobericht

Durch das Risikomanagement der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist gewährleistet, dass die eingegangenen Risiken die Risikotragfähigkeit nicht übersteigen und die Ansprüche der Kunden mit hoher Sicherheit erfüllt werden können.

ZIELE DES RISIKOMANAGEMENTS

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG operiert seit 1970 erfolgreich auf dem deutschen Versicherungsmarkt. Der professionellen Umsetzung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems kommt diesbezüglich eine hohe Bedeutung zu. Das Risikomanagement ist ein integraler Bestandteil der Unternehmensaktivitäten der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG. Es unterstützt eine nachhaltig positive Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und trägt zur kontinuierlichen Wertsteigerung des gesamten Unternehmens bei. So hat die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ein entsprechendes Kontroll-, Berichts- und Meldewesen implementiert.

Das Risikomanagement gewährleistet, dass gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen gefährdende Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Es orientiert sich konsequent an dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG), den Vorgaben der Europäischen Union und EIOPA sowie den Auslegungsentscheidungen und Rundschreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Die dauerhafte Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen steht dabei im Vordergrund.

Die Ziele des Risikomanagements sind:

- Sichern der Kapitalausstattung der Gesellschaft unter Wahrung eines vordefinierten Sicherheitsniveaus von 99,5 % (200-Jahres-Ereignis)
- Schaffen von Transparenz im Unternehmen über das eigene Risikoprofil
- Identifizieren und Bewerten von unternehmerischen Risiken
- Treffen bewusster Entscheidungen zum Umgang mit Risiken
- Einleiten von Maßnahmen zur Risikosteuerung und -reduktion
- Überwachen von Risiken
- Durchführen interner sowie externer Berichterstattung
- Erfüllen gesetzlicher bzw. aufsichtsrechtlicher Anforderungen

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Die Struktur des Unternehmens stellt eine klare Trennung zwischen Risikoaufbau und deren Bewertung sowie Steuerung sicher, indem die Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten gewährleistet wird.

Die Risikoverantwortlichen in den operativen Geschäftsbereichen sind für die Identifikation, Analyse und Steuerung ihrer Risiken verantwortlich. Bei der Identifikation und Analyse werden die operativen Geschäftsbereiche dabei von der Risikomanagementfunktion begleitet.

Die Risikomanagementfunktion ist als Schlüsselfunktion im Sinne von Solvency II ein zentraler Bestandteil des Risikomanagementsystems. Sie aggregiert die risikorelevanten Informationen aus der ersten Verteidigungslinie, analysiert und bewertet sie, um Risiken zu identifizieren und deren Relevanz für das Unternehmen einzuschätzen.

Durch die Organisationseinheit „Risikomanagement & Kapitalanlagecontrolling“ wird die Risikomanagementfunktion ausgeübt. Das „Risikomanagement & Kapitalanlagecontrolling“ verantwortet die ordnungsgemäße und wirksame Ausgestaltung und Umsetzung des Risikomanagementsystems, die Steuerung und Koordination des Risikomanagementprozesses sowie die interne und externe Risikoberichterstattung und trägt so zur Förderung der Risikokultur im Unternehmen bei. Die Berichterstattung an den Vorstand erfolgt laufend und mündet einmal jährlich in den Bericht über die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA-Bericht).

Das oberste Berichts- und Entscheidungsgremium im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem bzw. der Risikosituation ist das Risikokomitee. Das Risikokomitee besteht aus den Mitgliedern des Vorstands, der Schlüsselfunktionen sowie den Hauptabteilungsleitern Finanzen, Rechtsservice sowie Produkt- und Bestandsmanagement. Das Risikokomitee bereitet als Gremium der Vorstandsorgane Entscheidungen im Zusammenhang mit der Risikosituation der ÖRAG-Gesellschaften vor.

Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Festlegung der Geschäftsstrategie und die daraus abgeleitete adäquate Risikostrategie. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

Die Einhaltung der Regelungen des Risikomanagementsystems und deren Wirksamkeit werden durch die Interne Revision geprüft. Die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems ist zudem Bestandteil der Jahresabschlussprüfung.

RISIKOSTRATEGIE

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG verfolgt eine aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Risikostrategie. Die Risikostrategie wird jährlich überprüft. Somit steckt der Vorstand den strategischen Rahmen für die Übernahme von Risiken ab und macht Vorgaben zur Risikotoleranz, was zugleich den bewussten Umgang mit Risiken in allen Bereichen des Unternehmens definiert.

RISIKOMANAGEMENTPROZESS

Die Ausgangsbasis zur Risikoidentifikation ist die jährliche Risikoinventur, deren Durchführung durch die Risikoverantwortlichen in Begleitung der Risikomanagementfunktion stattfindet. In diesem Rahmen werden sämtliche Risiken identifiziert, bewertet und aktualisiert. Dabei werden insbesondere operationelle Risiken, aber auch Liquiditäts-, strategische und Reputationsrisiken erfasst, da diese nur pauschal oder nicht über die aufsichtsrechtliche Risikobedeckung in der Standardformel quantifiziert werden.

Bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG wird im Rahmen der Risikoanalyse und -bewertung quartalsweise die gesetzliche Kapitalanforderung SCR mithilfe der Standardformel unter Verwendung unternehmensspezifischer Parameter (USP) sowie im Rahmen des ORSA (Own Risk and Solvency Assessment) der unternehmensindividuelle Gesamtsolvabilitätsbedarf (GSB) ermittelt. Im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) werden die Ergebnisse des verwendeten aufsichtsrechtlichen Risikomodells mit dem tatsächlichen Risikoprofil abgeglichen und evaluiert.

Zur Risikoanalyse und -interpretation werden neben der Betrachtung der Ergebnisse der Standardformel und der unternehmensindividuellen Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs unter Beachtung von risikomindernden Maßnahmen weiterführende Sensitivitätsanalysen, Stresstests und Szenarioanalysen durchgeführt, die teilweise auch den gesamten Planungshorizont umfassen.

Im Rahmen der Berichterstattung berichtet das Risikomanagement dem Vorstand über alle risikorelevanten Sachverhalte im regulären Prozess oder auch ad hoc. Zentrales Element neben dem ORSA-Bericht ist die Berichterstattung zum Frühwarnsystem. Das Frühwarnsystem wird aus der Risikostrategie abgeleitet.

Mit diesem definiert der Vorstand konkrete Obergrenzen der zulässigen Risikonahme und begrenzt auf diese Weise die Risikobereitschaft der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG. Ergänzend wird das Frühwarnsystem auf der operativen Ebene dezentral durch vorgelagerte Kontrollen und Vorgaben komplettiert. Dazu zählen z. B. Anlageaufträge in der Kapitalanlage oder Überweisungslimits. Somit ist sichergestellt, dass die vom Vorstand festgelegte erforderliche Bedeckungsquote stets überwacht wird.

Im Kontext der Risikosteuerung und -überwachung sind das Interne Kontrollsystem (IKS) sowie das Risikotragfähigkeitskonzept und dessen Operationalisierung in Form des Limitsystems von übergeordneter Bedeutung. Das Interne Kontrollsystem umfasst wesentliche vom Vorstand zur organisatorischen Entscheidungsumsetzung unternehmensweit eingeführte Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen. Inbegriffen sind sowohl Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten als auch Vorgaben zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen. Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG hat zur laufenden Überprüfung von Risiken in den operativen Arbeitsabläufen prozessintegrierte Kontrollen eingerichtet, die dazu dienen, im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit eine angemessene Sicherheit zu gewährleisten. So können fehlerhafte Arbeitsabläufe frühzeitig vermieden oder umgehend korrigiert werden. Darüber hinaus orientiert sich die Steuerung der Risiken an den getroffenen Vorgaben zum Kapital- und Asset-Liability-Management, berücksichtigt Änderungen im Rahmen der Zeichnung von Risiken und bezieht mögliche Risikominderungstechniken, beispielsweise durch Rückversicherung, ein.

Für das Risikomanagement stehen im Allgemeinen folgende qualitative und quantitative Instrumente zur Verfügung:

- Risikostrategie
- Frühwarnsystem
- Jahres- und Mehrjahresplanungen
- Plan-Ist-Vergleiche
- Stresstests und Sensitivitätsanalysen
- Asset-Liability-Management

Darüber hinaus bestehen entsprechend der jeweiligen Risikoart spezielle Instrumente, um Risiken zu messen, zu kontrollieren und zu steuern.

Risikoart	Instrument
Versicherungstechnisches Risiko	Szenario- und Sensitivitätsanalysen
	Mathematische Modellrechnungen
	Rückversicherungsmanagement
	Plan-Ist-Vergleiche
	Richtlinie Unterschriften und Vollmachten
Markt- und Ausfallrisiko	Szenario- und Sensitivitätsanalysen
	Laufende Ratingüberwachung
	Ausfallstatistiken
	Anlagegrenzen im Direktbestand
	Anlagerichtlinien bei Fonds
	Prozess zur Ausfallrisikoeinschätzung
Operationelles Risiko	Compliance-Management-System
	Interne Kontrollen gemäß Internes Kontrollsystem
	Szenarioanalysen
Strategisches Risiko	Szenarioanalysen
Reputationsrisiko	Interne Kontrollen gemäß Internes Kontrollsystem
	Szenarioanalysen

RISIKOPROFIL

Das Ergebnis der Risikobeurteilung ist ein umfassendes Risikoprofil der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, das den zentralen Ausgangspunkt für eine risiko- und wertorientierte Unternehmenssteuerung darstellt. Das Risikoprofil der Gesellschaft ist vorrangig geprägt durch das versicherungstechnische Risiko, das Marktrisiko, das Ausfallrisiko, das operationelle Risiko sowie das strategische und Reputationsrisiko.

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko ist das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung ergibt. Es unterteilt sich somit vor allem in Prämien- und Reserverisiko. Die Messung des versicherungstechnischen Risikos orientiert sich an dem Vorgehen von Solvency II und erfolgt nach dem Verfahren des Value-at-Risk. Zur Bestimmung des Value-at-Risk werden negative Szenarien betrachtet, die aus den Solvency-II-Vorgaben übernommen und durch Berücksichtigung der von der Aufsicht genehmigten unternehmensspezifischen Parameter ergänzt werden.

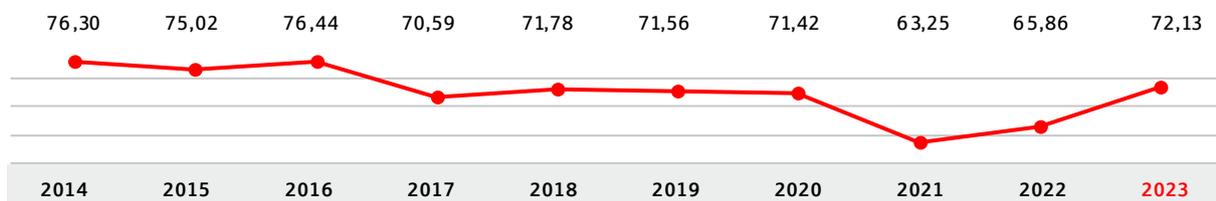
Das größte versicherungstechnische Risiko der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist das Prämienrisiko, also die Möglichkeit, dass festgesetzte Prämien nicht ausreichen, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen zu decken. Das angemessene Verhältnis von Prämieinnahmen und Schadenzahlungen wird durch die risikogerechte, kundenorientierte Produkt- und Tarifpolitik sowie eine gezielte ertragsorientierte Zeichnungspolitik gesichert. Durch den Einsatz von Planungs- und Steuerungsinstrumenten wird das Management frühzeitig in die Lage versetzt, unerwartete oder gefährliche Bestands- und Schadenentwicklungen

erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen der veränderten Risikosituation begegnen zu können. Das Reserverisiko besteht darin, dass Auszahlungen für eingetretene Schäden die gebildeten Rückstellungen überschreiten können. Zur Kontrolle dieses Risikos kalkuliert die ÖRAG die versicherungstechnischen Rückstellungen bedarfsgerecht auf Basis versicherungsmathematischer Verfahren. Die Abwicklungsergebnisse werden im Rahmen des Schadencontrollings laufend überwacht. Das Risiko aus entstandenen Schäden wird mit einem effizienten Schadenmanagement begrenzt. Ein zentraler Punkt ist dabei der **MEINRECHT-Service**, der den Schadenaufwand senkt und gleichzeitig die Kundenzufriedenheit erhöht.

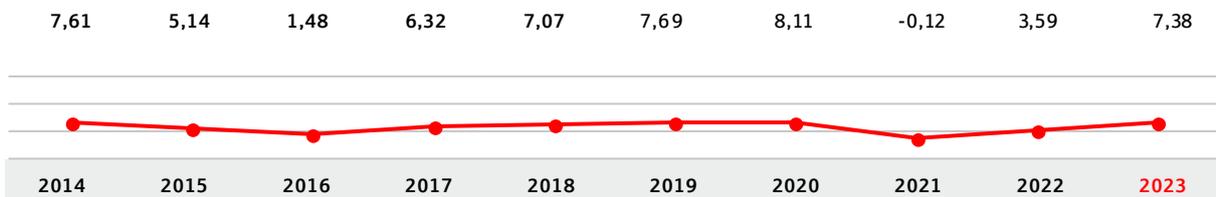
Weitere Risiken, die unter dem versicherungstechnischen Risiko subsumiert werden können, wie etwa das Storno-, das Katastrophen-, das Kumul- oder auch das Großschadenrisiko, werden grundsätzlich mit in die Betrachtung einbezogen, besitzen jedoch derzeit nur eine untergeordnete Relevanz. Dazu tragen unter anderem die weite Streuung der Versicherungsnehmer im privaten Breitengeschäft, die große Anzahl möglicher Segmente in der Rechtsschutzversicherung und eine bedarfsgerechte Rückversicherungsstruktur bei. Das Großschadenrisiko stufen wir für unser Unternehmen als unwesentlich ein. Hintergrund ist, dass sich die ÖRAG überwiegend im standardisierten Privatkunden- und Kleingewerbegebiet engagiert, nicht aber im risikoreicheren Industriegeschäft. Des Weiteren wird dem Risiko mit dem Einsatz von Rückversicherungen begegnet.

Durch die breit diversifizierte Art der Versicherungsnehmer im privaten Massengeschäft und der möglichen Leistungsarten wird das Kumulrisiko begrenzt. Zudem weist der Bestand keine homogenen Gruppen auf, die im Hinblick auf spezielle Risikofaktoren eine Risikohäufung darstellen würden. Der Verlauf der Schadenquoten bestätigt sowohl die auskömmliche Tarifierung als auch die stabile Schadenentwicklung. Die hinreichende Bildung von Rückstellungen wird durch den Zyklus der Abwicklungsergebnisse verdeutlicht.

Das Geschäftsjahr 2023 war geprägt von den Auswirkungen der Anpassung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes, sodass hier steigende Geschäftsjahresschäden zu verzeichnen sind.



Geschäftsjahresschäden auf Basis der verdienten Beiträge (brutto) in %.



Abwicklungsergebnisse der Eingangsschadenrückstellungen (brutto) in %.



Marktrisiko

Das Marktrisiko ergibt sich aus der Höhe bzw. Volatilität der Marktpreise von Finanzinstrumenten, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen. Es setzt sich aus dem Zinsänderungs-, Spread-, Aktien-, Immobilien-, Konzentrations-, Währungs- und Liquiditätsrisiko zusammen.

Die Kapitalanlagen der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG sind dem Marktrisiko ausgesetzt. Kapitalanlagen stellen eine bedeutende Ergebnisquelle der Gesellschaft dar und werden unter Einhaltung hoher Sicherheitsstandards und ausreichender Liquidität so angelegt, dass eine möglichst hohe Rentabilität erzielt wird. Das gebundene Vermögen beinhaltet festverzinsliche Wertpapiere, Aktienanlagen und Beteiligungen.

Das Zinsänderungsrisiko besteht für alle Finanzinstrumente, deren Marktwert auf eine Änderung der risikofreien Zinsstrukturkurve reagiert (Zinsträger). Es resultiert aus der Differenz der durchschnittlichen Duration von zinssensitiven Aktiva und Passiva und wird durch eine mit Limits versehene Aktiv-Passiv-Steuerung sowie durch Frühwarnsysteme begrenzt. Außerdem achtet die Gesellschaft beim Management von Zinsrisiken auf eine breite Mischung und Streuung (Diversifikation) der Kapitalanlagen.

Das Ziel ist die langfristige Sicherung des Kapitalanlageergebnisses. Dafür wird die Aktiv-Passiv-Steuerung permanent an aktuelle Rahmenbedingungen angepasst. Neben dem allgemeinen Zinsniveau haben auch emittentenspezifische Credit Spreads (Renditezuschlag für Anlagen in ausfallrisikobehaftete Anleihen) Einfluss auf den Wert der Kapitalanlagen. Das Spreadrisiko gilt für alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Änderung des Spreads gegenüber der risikofreien Zinsstrukturkurve reagieren. Es bezieht sich folglich auf eine verschlechterte Bonität des Emittenten oder erhöhte Risikoprämien verzinslicher Anlagen und damit einhergehende Wertverluste. Die ÖRAG begrenzt dieses Risiko mit Bonitätsvorgaben. Die festverzinslichen Anlagen der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG bestehen überwiegend aus Schuldverreibungen von bonitätsstarken Emittenten.

Das Aktienrisiko betrifft alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Veränderung der Preise von Aktien, Anteilen und Rohstoffen reagieren. Es resultiert aus den Aktienanlagen und -fonds sowie den strategischen Beteiligungen der Gesellschaft und ist über eine durch Höchstgrenzen limitierte Aktienquote beschränkt. Durch das breit diversifizierte Kapitalanlageportfolio reduziert sich das Risiko, Aktien zu einem

ungünstigen Zeitpunkt veräußern zu müssen. Externe Marktpreise für die Beteiligungen der ÖRAG existieren nicht. Bewertungsrisiken sind hier durch ein enges Beteiligungscontrolling und vorsichtige Bewertungen eingegrenzt.

Aktien- und Zinsrisiko sind Gegenstand der Betrachtung von Szenarioanalysen. Folgende Szenarien werden dabei in Betracht gezogen:

- Aktienkursrückgang um 30,0 % und gleichzeitig Marktwertverlust von Beteiligungen um 15,0 %
- Veränderung der Marktrendite um 1,0 %

Aus diesen Szenarien würden sich folgende Änderungen der Marktwerte ergeben:

Portfolio	Szenario	Veränderung des Zeitwerts in Mio. Euro
Aktien und Beteiligungen an Unternehmen	Aktienkursrückgang 30 % und Marktwertverlust von Beteiligungen 15 %	-26,5
Festverzinsliche Wertpapiere	Zinsanstieg 1 %	-26,0
Festverzinsliche Wertpapiere	Zinsrückgang 1 %	+26,0

Das Immobilienrisiko gilt für alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Änderung der Immobilienpreise reagieren. Bezogen auf die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ergibt sich dies aus möglichen Wertänderungen der Beteiligungen an Immobiliengesellschaften. Diese halten ausschließlich eigengenutzte Immobilien. Zusätzlich wird darüber der aktuelle Neubau realisiert. Die Anlagestrategie der ÖRAG sieht darüberhinaus keine Investitionen in Immobilien vor. Wertanpassungen werden vorgenommen, falls Wertminderungen als dauerhaft angenommen werden.

Als Konzentrationsrisiko wird das zusätzliche Risiko bezeichnet, das durch eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko einer einzelnen Gegenpartei (Klumpenrisiko) bedingt ist. Diesem Risiko wird mit einer hinreichend hohen Diversifikation in den Kapitalanlagebeständen begegnet.

Das Währungsrisiko besteht für alle Finanzinstrumente, deren Marktwerte auf eine Änderung von Wechselkursen reagieren. Aufgrund der weitgehenden Absicherungen von Anlagen in Fremdwährungen ist die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG lediglich einem sehr geringen Währungsrisiko ausgesetzt.

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, nicht in der Lage zu sein, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um den finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Die detaillierte zentrale Liquiditätsplanung der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG stellt sicher, dass keine Zahlungsengpässe entstehen. Zudem sind die Liquiditätsrisiken im Limitsystem integriert. Bei unerwartetem Bedarf kann zusätzliche Liquidität kurzfristig über folgende Wege bereitgestellt werden:

- aus dem stetigen Eingang von Beitragszahlungen aus Versicherungsverträgen,
- über das Vorhalten einer Liquiditätsreserve,
- durch Nutzung der gestreuten Fälligkeiten in den festverzinslichen Anlagebeständen und
- durch ausreichende Fungibilität (leichte Austauschbarkeit) der Kapitalanlagen.

Die Überwachung und Steuerung des Marktrisikos erfolgt fortlaufend durch Szenariorechnungen, Limitvorgaben, Monitoring von Sensitivitätskennzahlen, regelmäßiges Kapitalanlagecontrolling sowie Diversifikation und laufende Überprüfung der strategischen Allokation der Kapitalanlagen. Vor dem Hintergrund der aktuellen allgemeinen Wirtschaftslage und bestehender Unsicherheiten an den Kapitalmärkten sind unsere Kapitalanlagen in ihrer Gesamtheit zwar von den aktuellen Rahmenbedingungen - insbesondere der

Zinsentwicklung - beeinflusst, haben sich aber hinsichtlich der Kreditqualität als stabil erwiesen. Dazu tragen vorrangig die aus der Risikostrategie abgeleitete niedrige Aktienquote sowie die überwiegend hohe Bonität der festverzinslichen Anlagen bei. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses bestanden keine Investitionen in Anleihen hoch verschuldeter Staaten des Euroraumes.

Ausfallrisiko

Das Ausfallrisiko (Kreditrisiko) ist das Risiko von Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen oder Verschlechterungen der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern, gegenüber denen das Versicherungsunternehmen Forderungen hat. Diese Forderungsausfallrisiken betreffen bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG Ansprüche aus Derivaten sowie gegenüber Kunden, Versicherungsvermittlern und Rückversicherern. Grundlagen für die Ermittlung der Kapitalanforderungen für das Ausfallrisiko sind die relevante Exposure und die erwarteten Verluste je Gegenpartei/Kontrahent. Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden die unterschiedlichen Risiken regelmäßig überwacht und transparent gemacht. Außerdem wird bei der Auswahl geeigneter Rückversicherer mittels der Einschätzungen internationaler Ratingagenturen und sonstiger am Markt verfügbarer Informationen auf eine gute Bonität geachtet. Für wesentliche Gegenparteien wird die Einhaltung der Limits fortlaufend überprüft.

Im Berichtsjahr beträgt die Höhe von Forderungen, die länger als 90 Tage fällig sind, 7,9 Mio. € (Vj.; 6,1 Mio. €). Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen beträgt für den Zeitraum der letzten drei Geschäftsjahre 9,16 % (Vj.; 8,27 %). Zum Bilanzstichtag bestehen Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft in Höhe von 0,0 Mio. € (Vj.; 0,0 Mio. €).

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist das Verlustrisiko, das sich aus der Unzulänglichkeit oder dem Versagen von Menschen, internen Prozessen oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Es umfasst auch Rechtsrisiken, jedoch keine strategischen Risiken, Reputationsrisiken und Risiken, die bereits Gegenstand anderer Risikokategorien sind.

Bei der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG werden die operationellen Risiken von den jeweiligen Fachbereichen beaufsichtigt und durch das IKS wirksam begrenzt. Um operationelle Risiken zu vermeiden bzw. ihre eventuellen Auswirkungen zu begrenzen, hat das Unternehmen zahlreiche Maßnahmen implementiert. Dazu zählen Richtlinien, Schulungen, Arbeitsanweisungen, Vollmachtenregelungen sowie eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation. Zu den wichtigen operationellen Einzelrisiken, die im Rahmen des Risikomanagements gesteuert und eingeschränkt werden, gehören Rechtsänderungsrisiken und der Ausfall der Nicht-IT-Infrastruktur.

Maßnahmen zur Abwehr interner und externer IT-Risiken sind im IT-Sicherheitskonzept definiert. Ein besonderes Augenmerk in Bezug auf operationelle Risiken liegt zudem auf Betriebsstörungen und -unterbrechungen, Datenverlusten sowie externen Angriffen auf die Systeme. Zur Reduzierung von Risiken, die sowohl in der IT als auch allgemein im Rahmen von Krisensituationen auftreten können, sind zahlreiche Maßnahmen wie Schutzvorkehrungen, Notfallpläne, Back-up-Lösungen und Zugangskontrollen im Rahmen eines Business-Continuity-Management-Systems im Einsatz.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ergibt sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen. Dazu zählt auch das Risiko, das entsteht, wenn Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Das strategische Risiko kann gravierende Auswirkungen auf aktuelle und zukünftige Erträge oder den Solvenzkapitalbedarf haben. Es tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf, kann prinzipiell aber auch als Einzelrisiko vorkommen. Insbesondere das rechtliche und das regulatorische Umfeld der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG unterliegt einem ständigen Wandel, den das Unternehmen kontinuierlich beobachtet und auf den gegebenenfalls reagiert wird. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse fließen

in die strategische Planung ein. Damit wird gewährleistet, dass die Gesellschaft sich frühzeitig auf neue Wettbewerbsbedingungen einstellt.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko resultiert aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG ist sich der hohen Erwartungen ihrer Stakeholder (Anspruchsträger) bewusst. Das Reputationsrisiko tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf, kann prinzipiell aber auch als Einzelrisiko vorkommen.

Um einen Reputationsverlust gar nicht erst entstehen zu lassen, wird bei der Produktentwicklung sowie allen anderen Bestandteilen der Wertschöpfungskette auf einen hohen Qualitätsstandard geachtet. Die Unternehmenskommunikation wird so koordiniert, dass einer falschen Darstellung von Sachverhalten wirkungsvoll entgegengetreten werden kann. Marktvergleiche der für die Kundenzufriedenheit maßgeblichen Parameter wie etwa Betreuungsqualität oder Preis-Leistungs-Verhältnis werden kontinuierlich im Hinblick auf Verbesserungspotenziale analysiert.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Die Interessen der Kunden der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG sind jederzeit gewahrt. Gegenwärtig sind keine Entwicklungen absehbar, die zu einer Bestandsgefährdung führen oder die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig negativ beeinflussen können. Das Risikomanagement stellt sicher, dass Risiken rechtzeitig erkannt, bewertet und kontrolliert werden.

Insgesamt liegt derzeit keine Gefährdung der Solvabilitäts- und Finanzlage der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG vor. Es bestehen keine Risiken, die durch die Gesellschaft zum derzeitigen Zeitpunkt nicht tragbar sind.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG GEMÄß § 289F ABSATZ 4 I.V.M. ABSATZ 2 NR. 4 HGB

Für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG nachstehende Zielgröße für den Frauenanteil festgelegt.

Im Aufsichtsrat liegt der derzeitige Status quo bei 22,2 %, beim Vorstand bei 66,67 %. Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern. Im Aufsichtsrat der Gesellschaft sind ausschließlich männliche Vorstandsmitglieder als Vertreter der Anteilseigner gewählt. Als Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden im Berichtsjahr zwei weibliche Personen und eine männliche Person gewählt. Die Zielgröße für den Frauenanteil i. S. d. § 111 Abs. 5 AktG wurde dem Status quo entsprechend in der Aufsichtsratssitzung vom 2. Dezember 2021 neu festgesetzt. Die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG wird demnach auf 22,2 % und für den Vorstand auf 33,3% festgesetzt. Diese Zielgrößen gelten bis zum 31.12.2026.

Die Zielgröße für den Frauenanteil in der 1. und 2. Ebene unterhalb des Vorstands beträgt 15 % (Stand zum 31.12.2023: 33,97 %). Eine Frist für die Erreichung dieser Zielgröße wurde – da der Frauenanteil diese Zielgröße bereits erreicht hat – nicht festgelegt.



JAHRESABSCHLUSS ANHANG

→ Jahresbilanz	44
→ Gewinn- und Verlustrechnung	46
→ Bilanzierungsregeln	48
→ Erläuterung der Bilanz	52
→ Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung	59
→ Allgemeine Angaben	61

Jahresbilanz zum 31.12.2023

AKTIVSEITE	2023		2022	
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	4.511.658,00		3.955.150,00	
II. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	902.268,00		2.418.325,00	
III. geleistete Anzahlungen	793.209,78	6.207.135,78	234.707,27	6.608.182,27
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	71.045.712,30		57.405.741,30	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	15.400.000,00		11.300.000,00	
3. Beteiligungen	50.784,62		50.784,62	
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		1.500.000,00	
	86.496.496,92		70.256.525,92	
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	407.358.451,69		402.158.468,01	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	229.421.849,47		179.365.333,18	
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	36.488.119,12		46.545.072,23	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	74.000.000,00		74.000.000,00	
	110.488.119,12		120.545.072,23	
4. Einlagen bei Kreditinstituten	15.000.000,00		15.000.000,00	
	762.268.420,28	848.764.917,20	717.068.873,42	787.325.399,34
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 6.430.151,91 € (Vj.: 6.561.167,31 €)	9.056.551,98		9.373.096,15	
2. Versicherungsvermittler Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0,00 € (Vj.: 1.387.662,25 €)	6.682.454,54		7.046.845,22	
	15.739.006,52		16.419.941,37	
II. Sonstige Forderungen Davon an verbundene Unternehmen: 12.919.248,67 € (Vj.: 9.828.604,24 €)	15.745.617,54	31.484.624,06	16.811.689,49	33.231.630,86
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte	4.530.149,85		2.929.202,00	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	8.629.291,77	13.159.441,62	17.287.512,67	20.216.714,67
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	2.819.172,76		1.981.738,82	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1.009.018,98	3.828.191,74	1.258.153,40	3.239.892,22
F. Aktive Latente Steuern		22.936.064,63		21.453.321,00
Summe der Aktiva		926.380.375,03		872.075.140,36

PASSIVSEITE	2023		2022	
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital Gezeichnetes Kapital	6.442.277,70		6.442.277,70	
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	2.300.813,47	4.141.464,23	2.300.813,47	4.141.464,23
II. Kapitalrücklage		27.585.597,33		27.585.597,33
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	644.228,00		644.228,00	
2. Andere Gewinnrücklagen	46.319.049,86	46.963.277,86	43.625.309,76	44.269.537,76
IV. Jahresüberschuss		9.698.344,81		2.693.740,10
		88.388.684,23		78.690.339,42
B. Nachrangige Verbindlichkeiten		46.000.000,00		46.000.000,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	99.770.677,00		100.924.969,00	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	99.770.677,00	0,00	100.924.969,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	636.438.938,00		597.063.102,00	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	20.849,00	636.418.089,00	20.691,00	597.042.411,00
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	532.787,00		562.979,00	
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	532.787,00	0,00	562.979,00
		736.721.553,00		698.530.359,00
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17.722.406,00		17.060.062,00	
II. Steuerrückstellungen	4.660.229,08		1.089.775,31	
III. Sonstige Rückstellungen	8.651.843,66	31.034.478,74	8.783.620,33	26.933.457,64
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 4.304.129,73 € (Vj.: 3.635.249,00 €)	4.304.129,73		3.635.249,00	
2. Versicherungsvermittlern	8.509.604,14	12.813.733,87	7.225.961,27	10.861.210,27
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	787.560,11		547.219,54	
III. Sonstige Verbindlichkeiten				
Davon: aus Steuern: 8.139.398,71 € (Vj.: 7.839.690,98 €) gegenüber verbundenen Unternehmen: 399,32 € (Vj.: 466.862,14 €) Im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0,00 € (Vj.: 0,00 €)	10.630.365,08	24.231.659,06	10.507.554,49	21.915.984,30
F. Rechnungsabgrenzungsposten		4.000,00		5.000,00
Summe der Passiva		926.380.375,03		872.075.140,36

Gewinn- und Verlustrechnung

Für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2023

POSTEN	2023		2022	
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge f.e.R.				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	423.329.670,35		423.745.127,34	
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	2.116.648,35		2.118.725,64	
	421.213.022,00		421.626.401,70	
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-718.933,00		-5.854.230,00	
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0,00		0,00	
	-718.933,00	420.494.089,00	-5.854.230,00	415.772.171,70
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge f.e.R.		592.357,92		360.292,60
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle f.e.R.				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	221.402.273,28		216.684.987,15	
bb) Anteil der Rückversicherer	1.329.088,24		1.571.506,10	
	220.073.185,04		215.113.481,05	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	39.375.836,00		38.484.004,00	
bb) Anteil der Rückversicherer	158,00		-709,00	
	39.375.678,00	259.448.863,04	38.484.713,00	253.598.194,05
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		30.192,00		-115.213,00
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und unabhängige Beitragsrückerstattungen f.e.R.		819.356,78		761.878,94
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f.e.R.				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	155.305.555,50		155.358.632,14	
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	0,00	155.305.555,50	0,00	155.358.632,14
7. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f.e.R.		0,00		0,00
8. Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.		5.542.863,60		6.298.546,17

POSTEN	2023		2022	
	€	€	€	€
Übertrag		5.542.863,60		6.298.546,17
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen Davon aus verbundenen Unternehmen: 485.648,61 € (Vj.: 67.594,65 €)	9.791.249,48		3.085.469,91	
b) Erträge aus Zuschreibungen	0,00		0,00	
c) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	1.659.628,68	11.450.878,16	3.116.754,02	6.202.223,93
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapital- anlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	1.012.001,20		894.666,28	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	0,00		0,00	
c) Verluste Abgang Kapitalanlagen	0,00	1.012.001,20	1.075,18	895.741,46
		10.438.876,96		5.306.482,47
3. Sonstige Erträge	22.848.399,39		13.439.737,69	
4. Sonstige Aufwendungen	25.103.682,33	-2.255.282,94	19.878.255,84	-6.438.518,15
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		13.726.457,62		5.166.510,49
6. Außerordentlicher Ertrag	0,00		0,00	
7. Außerordentlicher Aufwand	45.453,00		95.889,00	
8. Außerordentliches Ergebnis		-45.453,00		-95.889,00
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.976.704,74		1.225.132,04	
10. Sonstige Steuern	5.955,07	3.982.659,81	1.151.749,35	2.376.881,39
11. Jahresüberschuss		9.698.344,81		2.693.740,10
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		-2.693.740,10		-3.459.096,21
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
in andere Gewinnrücklagen		2.693.740,10		3.459.096,21
14. Jahresüberschuss		9.698.344,81		2.693.740,10

Bilanzierungsregeln

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB und des AktG in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurden grundsätzlich beibehalten.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten aktiviert. Für selbst geschaffene Software wurden die Entwicklungskosten angesetzt. Die lineare Abschreibung erfolgt bei den entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen über eine Nutzungsdauer von drei Jahren und bei selbst geschaffener Software über eine Nutzungsdauer von sechs Jahren.

Die Ausschüttungssperre gemäß § 285 Nr. 28 HGB iVm § 268 Abs. 8 HGB beträgt 28.113.894,69 €. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den aktivierten selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen von 5.304.867,78 € abzüglich zugehöriger passiver latenter Steuer von 1.659.701,66 €, der Aktivierung latenter Steuern von 24.433.221,52 € und der Aktivierung von Vermögensgegenständen zum beizulegenden Zeitwert von 51.676,68 € abzüglich zugehöriger passiver latenter Steuer von 16.169,63 €.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Anteile an verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 1 HGB zu Anschaffungskosten bewertet. Gemäß § 253 Abs. 3 HGB sind Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip) vorzunehmen. Es können außerplanmäßige Abschreibungen auch bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung vorgenommen werden (gemildertes Niederstwertprinzip).

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 Halbsatz 2 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, da diese dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bei Namenschuldverschreibungen wurde das Wahlrecht der Nennwertbilanzierung gemäß § 341c Abs. 1 HGB nicht angewendet. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB über die Restlaufzeit.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

Für Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft kommt der Ansatz zu Nominalbeträgen zur Anwendung. Bei den Forderungen an Versicherungsnehmer ist dem allgemeinen Kreditrisiko durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen; für das technische Risiko erfolgte eine Stornorückstellung.

Sonstige Forderungen

Fällige Zins-, Miet- und sonstige Forderungen sind mit den Nominalwerten bilanziert. Wertberichtigungen werden bei Bedarf vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten aktiviert, Vorräte gemäß § 240 Abs. 3 HGB mit einem Festwert angesetzt. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter im Wert von bis zu 250 € werden direkt als Aufwand verbucht (analog § 6 Abs. 2 EStG). Für Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 250 € und 1.000 € erfolgt eine Sammelbewertung unter Berücksichtigung der pauschalen Nutzungsdauer von fünf Jahren (analog § 6 Abs. 2a EStG). Dieser Sammelposten bleibt auch bei Entnahme, Veräußerung oder Untergang eines darin enthaltenen Vermögensgegenstands unverändert.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie andere Vermögensgegenstände sind mit den Nominalbeträgen angesetzt. Die Rückdeckungsversicherung aus der Pensionszusage gegen Gehaltsverzicht ist gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit der entsprechenden Rückstellung verrechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Zins- und Mieterträge, die auf das laufende Geschäftsjahr entfallen, aber noch nicht fällig sind, werden zeitanteilig mit ihren Nominalbeträgen bewertet.

Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden mit ihren Nominalwerten angesetzt.

Aktive latente Steuern

Es werden aktive latente Steuern in Höhe von 22.936 T€ (Vj.; 21.453 T€) ausgewiesen. Sie beruhen auf Differenzen aus unterschiedlichen Bilanzpositionen. Bei immateriellen Vermögensgegenständen führt die Differenz zu einer passiven latenten Steuer, bei den Kapitalanlagen ergeben die Differenzen aktive latente Steuern. Die Differenzen bei den versicherungstechnischen Rückstellungen, sowie den Pensionsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen führen zu aktiven latenten Steuern.

Auf die zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen aufgetretenen Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, werden Steuern mit dem unternehmensindividuellen Satz von 31,29 % (Vj.; 31,28 %) ermittelt. Berücksichtigt sind hierbei auch solche Differenzen, deren Umkehrzeitpunkt noch nicht exakt feststeht oder die von einer Disposition des Unternehmens abhängig sind oder die erst zum Zeitpunkt der Liquidation eintreten würden.

Das Wahlrecht zum Ansatz eines Überhangs aktiver latenter Steuern aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird in Anspruch genommen.

PASSIVA

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft sind vom vereinbarten Beitrag nach dem 1/360-System berechnet. Der Abzug der äußeren Kosten erfolgte gemäß Mitteilung des Bundesministeriums für Finanzen vom 30. April 1974.

Da die Beitragsfälligkeit jeweils der 1. Januar eines jeden Jahres ist, entfallen Beitragsüberträge für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft.

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft entfallen ebenfalls Beitragsüberträge, da die Abrechnung auf Basis der verdienten Beiträge vorgenommen wird.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurde diese Rückstellung individualisiert ermittelt. Die Bewertung der Versicherungsfälle erfolgte mithilfe eines Gruppenbewertungsverfahrens unter Berücksichtigung von Leistungsartenklassen, Instanzen und Streitwertklassen. Für erwartete Spätschäden und wiedereröffnete Schäden sind gemäß den in den Vorjahren gewonnenen Erfahrungen angemessene Beträge zurückgestellt worden.

Die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen wurde nach dem koordinierten Ländererlass vom 2. Februar 1973 bemessen.

Forderungen aus Regressen und Teilungsabkommen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Realisierbarkeit von der Rückstellung abgesetzt worden. Die Anteile der Rückversicherer wurden entsprechend den Berechnungsmethoden des selbst abgeschlossenen Geschäfts ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäfts entspricht der Schätzung des voraussichtlichen Bedarfs.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die Rückstellung für Beitragsstorni entspricht der Höhe des voraussichtlichen Bedarfs.

ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

Pensionsrückstellungen

Grundlage für die Berechnung der Pensionsrückstellungen ist die Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode) unter Anwendung der Richttafeln (Sterbetafeln von 2018 G) von der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln. Berücksichtigt sind neben den gegenwärtigen auch künftige Entwicklungen, Trends sowie Fluktuationen. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Für die Ermittlung der Verpflichtungen wurden nachstehende versicherungsmathematische Parameter verwendet:

	2023	2022
Pensionsalter	Vertragliche Altersgrenze	Vertragliche Altersgrenze
Gehaltsdynamik	2,40 %	2,20 %
Rentendynamik	2,20 %	2,00 %
Fluktuation	1,50 %	1,50 %
Zinssatz	1,83 %	1,78 %

Ermittlung des Unterschiedsbetrages nach § 253 Abs. 6 HGB:

Rückstellung unter Verwendung des 10-Jahres-Durchschnittszinssatzes: 17.722.406 €

Zum Vergleich:

Rückstellung unter Verwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinssatzes (1,75 %): 17.931.177 €

Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB: 208.771 €

Rückstellung für Altersteilzeit

Diese Rückstellung wurde nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB ermittelt. Die Höhe des Erfüllungsrückstands ergab sich aus den bis zum 31. Dezember 2023 ausstehenden Gehaltszahlungen, die in der Freistellungsphase fällig werden. Die Rückstellung für den zusätzlichen Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung und den Aufstockungsbetrag wurde unter Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen ermittelt. Rechnungsgrundlagen waren die Richttafeln 2018 G von der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, bei einer Gehaltsdynamik von 2,0 %. Die Rückstellung ist nach den individuellen Laufzeiten mit den entsprechenden durch die Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen nach der RückAbzinsVO abgezinst. Unter Berücksichtigung der mittleren Fälligkeit der bestehenden Altersteilzeitverpflichtungen ergab sich ein Rechnungszins von 1,04 %. Die im Rahmen der Insolvenzversicherung von Altersteilzeitguthaben erworbenen Investmentanteile, die zum Börsenkurs bewertet wurden, sind mit der Altersteilzeitrückstellung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Rückstellung für Jubiläen

Die Jubiläumsrückstellung erfolgte gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit einem Rechnungszins von 1,75 %, einem Gehaltstrend von 2,4 % und einer Fluktuation von 1,5 %.

Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen bemessen sich nach dem voraussichtlichen Bedarf in Höhe des nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins abgezinst.

Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie sonstige Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Währungsumrechnungen

Für die Währungsumrechnung wurde der Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag zugrunde gelegt.

Erläuterung der Bilanz (Aktiva)

Entwicklung der Aktivposten A, B I. – II. im Geschäftsjahr 2023

AKTIVPOSTEN	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen
	T€	T€	T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	3.955	12	2.123
II. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.418	705	-1.670
III. Geleistete Anzahlungen	235	932	-374
Summe A	6.608	1.649	79
B. Kapitalanlagen			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	57.406	13.640	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	11.300	7.600	2.500
3. Beteiligungen	51	0	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.500	1.250	-2.500
Summe B I.	70.257	22.490	0
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	402.158	5.200	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	179.365	51.341	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	46.545	51	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	74.000	0	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	15.000	48.000	0
Summe B II.	717.068	104.592	0
Insgesamt	793.934	128.731	79

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr
T€	T€	T€	T€	T€
0	0	1.579	4.511	
0	0	551	902	
0	0	0	793	
0	0	2.130	6.206	
0	0	0	71.045	101.328
6.000	0	0	15.400	15.761
0	0	0	51	51
250	0	0	0	0
6.250	0	0	86.496	117.140
0	0	0	407.358	402.971
1.285	0	0	229.422	205.749
10.108	0	0	36.488	33.120
0	0	0	74.000	70.575
48.000	0	0	15.000	15.000
59.393	0	0	762.268	727.415
65.643	0	2.130	854.970	844.555

B. KAPITALANLAGEN

I. Zeitwert der Kapitalanlagen

Die Bewertungslasten beliefen sich per saldo auf 4.210 T€ (Vj.: 37.271 T€) und lagen bei 0,5 % (Vj.: 4,69 %) des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Die Zeitwerte wurden, abhängig von der jeweiligen Anlagenart, nach folgenden branchenüblich anerkannten Methoden ermittelt:

Der Zeitwert von Eigenkapitalinstrumenten wurde mit dem Ertragswert, dem Nettovermögenswert oder zu Anschaffungskosten angesetzt.

Der Zeitwert der Anteile an verbundenen Unternehmen wurde grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren ermittelt. Bei den verbundenen Immobiliengesellschaften, deren Immobilienbestand genutzt wird, wurde als Zeitwert der Wert laut Wertgutachten der Immobilien zuzüglich der Buchwerte der übrigen Vermögensgegenstände und abzüglich Verpflichtungen angesetzt. Die Immobilienverwaltungsgesellschaft sowie die im Vorjahr gegründete verbundene Immobiliengesellschaft, deren Immobilie sich im Bau befindet, wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt.

Der Zeitwert von an der Börse notierten Wertpapieren wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs bewertet. Sofern kein Börsenkurs vorhanden war, erfolgte die Bewertung von den Anteilen an Investmentvermögen zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Rücknahmepreis. Die Ermittlung der Zeitwerte der Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, der Namensschuldverschreibungen sowie der Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte anhand der Discounted-Cash-flow-Methode unter in Abhängigkeit der Bonität der Emittenten berücksichtigten laufzeitabhängigen Zinsstrukturkurven und risikoadäquater Bewertungsaufschläge.

ANGABEN ZU FINANZINSTRUMENTEN IM SINNE DES § 285 NR. 18 HGB, DIE ÜBER IHREN BEIZULEGENDEN ZEITWERTEN BILANZIERT WURDEN

Kapitalanlageposten	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr	Unterlassene Abschreibungen
	T€	T€	T€
1. Inhaberschuldverschreibungen	178.188	153.161	25.028
2. Sonstige Ausleihungen	100.581	93.687	6.894
3. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	1.650	1.628	22
4. Anteile an Investvermögen	407.358	402.971	4.388
Summe	687.777	651.447	36.332

Von einer außerplanmäßigen Abschreibung nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB auf den Zeitwert wurde abgesehen, weil im Hinblick auf das Wertaufholungspotenzial von einer nicht dauerhaften Wertminderung dieser Kapitalanlagen ausgegangen wurde, da die vorübergehende Wertminderung nicht auf Bonitätsverschlechterung zurückzuführen und ausschließlich zinsinduziert ist. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind in voller Höhe dem Anlagevermögen zugeordnet.

II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
	%	T€	T€
D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH, Düsseldorf ¹	100	25	494
Deutsche Assistance Versicherung AG, Düsseldorf ¹	100	24.425	1.165
ÖRAG Verwaltungs GmbH, Düsseldorf	100	94	21
ÖRAG Primus GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100	12.243	306
ÖRAG Gemini GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100	16.778	475
Hansapark 3 GmbH & Co. KG, Düsseldorf	89	25.436	-11
Summe		79.001	2.450

¹ Ergebnis vor Abführung

Weiterer mittelbarer Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
	%	T€	T€
assistance partner GmbH & Co. KG, München ¹	12	1.362	212
S-Markt & Mehrwert GmbH & Co.KG, Halle (Saale) ²	49	9.090	2.347
S-Markt & Mehrwert Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Düsseldorf ¹	48	74	2
Reha Assist GmbH, Arnsberg ¹	71	-158	-229
DA Shared Service GmbH, Düsseldorf ^{2,3}	100	25	-183
Deutsche Assistance Service GmbH, Düsseldorf ^{2,3}	100	4.627	-3.318
CYCO Cyber Competence Center GmbH, Hannover ¹	80	-375	-708

¹ Werte aus 2022

² Werte aus 2023

³ Ergebnis vor Abführung

Die Deutschen Assistance Versicherung AG hat in 2023 71,0 % der Anteile an der Reha Assist GmbH erworben. Davon betreffen 45,0% der Anteile die Deutsche Assistance Service GmbH, die im Vorjahr bereits unter dem weiteren mittelbaren Anteilsbesitz gezeigt wurden.

III. Sonstige Kapitalanlagen

Investmentvermögen

Angaben zu den Investmentvermögen nach § 285 Nr. 26 HGB:

Art des Fonds/ Anlagenziel	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr	Differenz	Ausschüttung 2023
	T€	T€	T€	T€
Gemischter Fonds: ÖRAG-Fonds	407.358	402.971	-4.388	5.200

Anteile an Investmentvermögen sind gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 2. Halbsatz HGB im Geschäftsjahr und im Vorjahr in voller Höhe dem Anlagevermögen zugeordnet. Die aus dem ÖRAG-Fonds resultierenden stillen Lasten sind ausschließlich zinsinduziert. Insoweit wird nicht von einer dauerhaften Wertminderung ausgegangen. Negative Auswirkungen auf die grundsätzliche Kreditqualität im Portfolio wurden nicht festgestellt.

C. FORDERUNGEN

Angaben zu den Laufzeiten der Forderungen nach § 268 HGB:

Forderungen	2023	2022
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:		
1. Versicherungsnehmer	9.056.551,98	9.373.096,15
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	6.430.151,91	6.561.167,31
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	2.626.400,07	2.811.928,85
2. Versicherungsvermittler	6.682.454,54	7.046.845,22
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	6.682.454,54	7.046.845,22
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0,00	0,00
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	0,00	0,00
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00	0,00
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0,00	0,00
III. Sonstige Forderungen	15.745.617,54	16.811.689,49
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	15.733.457,04	16.796.867,43
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	12.160,50	14.822,06

E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Die Position beinhaltet im Voraus gezahlte Verwaltungskosten.

F. AKTIVE LATENTE STEUERN

Die für das abgelaufene Geschäftsjahr ermittelten temporären Unterschiedsbeträge zwischen Handels- und Steuerbilanz ergaben, berechnet mit dem unternehmensindividuellen Steuersatz von 31,29 %, aktive latente Steuern in Höhe von 32.429 T€ (Vj.; 30.518 T€) und passive latente Steuern in Höhe von 9.493 T€ (Vj.; 9.065 T€). Es wurden im Geschäftsjahr aufgrund gesunkener Unterschiedsbeträge Anpassungen vorgenommen, sodass sich der Betrag des Vorjahres auf 22.936 T€ (Vj.; 21.453 T€) erhöht hat.

Die aktiven latenten Steuern ergeben sich hauptsächlich aus temporären Unterschiedsbeträgen bei Beteiligungen, Investmentanteilen sowie Schadenrückstellungen.

Erläuterung der Bilanz (Passiva)

A. EIGENKAPITAL

I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 6.442.277,70 € und ist eingeteilt in 18.000 Namensstückaktien zu je 357,90 €.

Unter Berücksichtigung der nicht eingeforderten ausstehenden Einlagen in Höhe von 2.300.813,47 € beträgt das eingezahlte Grundkapital 4.141.464,23 €.

II. Kapitalrücklage

Bei den Kapitalrücklagen der ÖRAG handelt es sich vollständig um Zuzahlungen i. S. d. §272 Abs. 2 Nr. 4 HGB.

III. Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten folgende Positionen:

	2023	2022
	€	€
1. Gesetzliche Rücklage		
Stand 01.01.	644.228,00	644.228,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	0,00	0,00
2. Andere Gewinnrücklagen		
Stand 01.01.	43.625.309,76	40.166.213,55
Einstellungen aus dem Bilanzgewinn	2.693.740,10	3.459.096,21
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	0,00	0,00
Stand: 31.12.	46.963.277,86	44.269.537,76

IV. BILANZGEWINN

Im Bilanzgewinn in Höhe von 9.698.344,81 € (Vj.: 2.693.740,10 €) ist der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 9.698.344,81 € (Vj.: 2.693.740,10 €) und ein Bilanzvortrag in Höhe von 2.693.740,10 € (Vj.: 3.459.096,21 €) abzüglich 2.693.740,10 € (Vj.: 3.459.096,21 €) Einstellung in die Gewinnrücklage enthalten.

B. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

Die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 46,0 Mio. € haben eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

C. VERSICHERUNGSTECHNISCHE BRUTORÜCKSTELLUNGEN

	2023	2022
	€	€
Insgesamt	736.721.553	698.530.359
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	636.438.938	597.063.102

Da es keine gebuchten Bruttobeiträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft gibt und sich dieses Geschäft in Abwicklung befindet, entfällt die Trennung der Angaben zwischen dem selbst abgeschlossenen und dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft. Im Jahr 2023 ergab sich ein positives Abwicklungsergebnis in Höhe von 44.055 T€ (Vj.; 20.068 T€).

D. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

III. Sonstige Rückstellungen

	2023	2022
	€	€
Urlaubsverpflichtungen	387.106,41	356.728,08
Aufsichtsrats- und Beiratsvergütungen	226.080,00	144.533,11
Jahresabschlusskosten	632.080,54	640.055,59
Jubiläumsaufwendungen	1.873.083,00	1.809.386,00
Altersteilzeitverpflichtungen	1.999.083,70	2.078.065,70
Beiträge Berufsgenossenschaft	12.921,70	121.447,00
Variable Vergütung	1.303.704,24	1.314.194,85
Übrige	2.217.784,07	2.319.210,00
Summe	8.651.843,66	8.783.620,33

Die im Rahmen der Insolvenzversicherung von Altersteilzeitguthaben erworbenen Investmentanteile wurden zum Marktwert in Höhe von 1.678.219,30 € gemäß § 255 Abs. 4 HGB angesetzt und mit den Rückstellungen für Altersteilzeit in Höhe von 3.677.303 € verrechnet.

Die Pensionszusage durch Gehaltsverzicht in Höhe von 113.290 € wurde ebenfalls gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit der Rückdeckungsversicherung, deren Zeitwerte den Anschaffungskosten entsprechen, in Höhe von 113.290 € verrechnet.

E. ANDERE VERBINDLICHKEITEN

Angaben zu den Laufzeiten der Verbindlichkeiten nach § 268 HGB:

Verbindlichkeiten	2023	2022
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:		
1. Versicherungsnehmer	4.304.129,73	3.635.249,00
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	4.304.129,73	3.635.249,00
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0,00	0,00
2. Versicherungsvermittler	8.509.604,14	7.225.961,27
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	8.509.604,14	7.225.961,27
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0,00	0,00
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	787.560,11	547.219,54
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	787.560,11	547.219,54
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0,00	0,00
III. Sonstige Verbindlichkeiten	10.630.365,08	10.507.554,49
a) Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	10.630.365,08	10.507.554,49
b) Davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr	0,00	0,00

Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG

	2023	2022
	€	€
a) Gebuchte Bruttobeiträge	423.329.670,35	423.745.127,34
b) Verdiente Bruttobeiträge	422.610.737,35	417.890.897,34
c) Verdiente Nettobeiträge	420.494.089,00	415.772.171,70
d) Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	260.778.109,28	255.168.991,15
e) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	155.305.555,50	155.358.632,14
f) Rückversicherungssaldo	787.402,11	547.928,54
g) Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	5.542.863,60	6.298.546,17

	2023	2022
	Stück	Stück
Anzahl der mindestens einjährigen Verträge	2.113.060	2.124.907

	2023	2022
	€	€
Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb untergliedern sich wie folgt:		
1. Abschluss von Versicherungsverträgen	32.177.358,89	33.122.466,14
2. Verwaltung von Versicherungsverträgen	123.128.196,61	122.236.166,00
Summe	155.305.555,50	155.358.632,14

II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG

Gemäß § 285 Nr. 25 in Verbindung mit Nr. 28 HGB wurden für die im Rahmen der Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben gehaltenen Wertpapiere folgende Werte zum 31. Dezember 2023 ermittelt:

Position	Anschaffungs- kosten	Zeitwerte	Erfüllungsbetrag Altersteilzeit	Verrechneter Aufwand (-) / Ertrag
	€	€	€	€
1. Deka-Institutionell GarantieKonzept	1.678.219	1.678.219		25.132
Summe Fonds	1.678.219	1.678.219		25.132
2. Altersteilzeitrückstellung			3.677.303	-15.050
3. Sonstige Aufwendungen				10.082

Die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von zu saldierendem Vermögen im Zusammenhang mit Alterssteilzeitvereinbarungen ergab keinen zur Ausschüttung gesperrten Betrag.

Gemäß § 277 Abs. 2 HGB ist in der Position „Sonstige Erträge“ eine Einnahme von 6,8 Mio € aus einem Teilbestandsverkauf von 39.579 Verträgen enthalten.

Gemäß § 277 Abs. 5 HGB sind in der Position „Sonstige Erträge“ Währungskursgewinne in Höhe von 3.542,68 € enthalten. In der Position „Sonstige Aufwendungen“ sind Aufwendungen aus der Aufzinsung

der Pensions-, Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellung in Höhe von 208.121 € und Währungskursverluste in Höhe von 6.136,33 € enthalten.

Allgemeine Angaben

	2023	2022
Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen	€	€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	124.281.461,01	125.958.275,13
2. Löhne und Gehälter	35.177.377,40	31.571.649,97
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	5.802.535,55	5.287.101,95
4. Aufwendungen für Altersversorgung	2.405.226,98	2.942.239,66
Summe	167.666.600,94	165.759.266,71

Der Abschlussprüfer Mazars hat im Geschäftsjahr 2023 Honorar für folgende Leistungen erhalten:

	2023
	€
a) Abschlussprüfungsleistungen	243.475,00
b) Sonstige Leistung	12.000,00
Summe	255.475,00

Die Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft hat den Jahres- und den Konzernabschluss der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG sowie die Jahresabschlüsse verschiedener Tochterunternehmen geprüft. Daneben erfolgte die Prüfung der Solvabilitätsübersichten auf Einzel-ebene der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG sowie der Deutschen Assistance Versicherung AG. Desweiteren wurde eine sonstige Prüfungsleistung in Höhe von 12.000 € erbracht.

Es waren im Jahresdurchschnitt 443 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt; davon 340 Vollzeitkräfte und 103 Teilzeitkräfte.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen 145.558,93 €, die des Beirats 82.080 €.

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands bzw. ihrer Hinterbliebenen betragen 725.968,90 €. Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen für diesen Personenkreis haben wir Pensionsrückstellungen in Höhe von 11.154.791 € bilanziert.

An Mitglieder des Vorstands wurden keine Kredite vergeben.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 besteht eine selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber der Reha Assist Deutschland GmbH in Höhe von 300 T€. Die Bürgschaft hat keine zeitliche Beschränkung. Eine weitere unbefristete selbstschuldnerische Bürgschaft besteht gegenüber der Zech Bau SE in Höhe von 4,8 Mio. €. Zudem hat die ÖRAG als Gesellschafterin der Hansapark 3 GmbH Co. & KG eine anteilige Einlageverpflichtung bis 58,7 Mio. €

Die Gesellschaft hat der Deutschen Assistance Service GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 16,0 Mio. € eingeräumt. Zum 31. Dezember 2023 wurden hiervon 11,3 Mio. € in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft hat der D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 1,0 Mio. € eingeräumt. Zum 31. Dezember 2023 wurden hiervon 0,0 € in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft hat der Deutschen Assistance Telematik GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 0,2 Mio. € eingeräumt. Zum 31. Dezember 2023 wurden hiervon 0,0 € in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft hat der DA Shared Service GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 1,8 Mio. € eingeräumt. Zum 31. Dezember 2023 wurden hiervon 200 T€ in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft hat der Reha Assist GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 3,75 Mio. € eingeräumt. Zum 31. Dezember 2023 wurden hiervon 2,5 Mio. € in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft hat der CyCo Cyber Competence Center GmbH zur Liquiditätssicherung einen Darlehensrahmen in Höhe von 1,8 Mio. € eingeräumt. Zum 31. Dezember 2023 wurden hiervon 1,4 Mio. € in Anspruch genommen.

Der Jahresabschluss, Lagebericht und Bestätigungsvermerk werden gemäß den rechtlichen Vorschriften bei der das Unternehmensregister führenden Stelle offengelegt.

Die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG erstellt als Muttergesellschaft einen Konzernabschluss zum 31.12. des Jahres gemäß § 290 HGB für den kleinsten Kreis der Unternehmen. Der Konzernabschluss wird bei der das Unternehmensregister führenden Stelle offengelegt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 8 und 9 aufgeführt. Bezüglich der aktiven Vorstandsbezüge wird die Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Düsseldorf, den 9. April 2024

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Dragica Mischler

Marcus Hansen

Betina Nickel

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 9.698.344,81 € wie folgt zu verwenden:

	€
Zahlung einer Dividende	0,00
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	0,00
Gewinnvortrag auf neue Rechnung	-9.698.344,81
Summe	-9.698.344,81

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die im Abschnitt "Sonstige Informationen" unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Im Folgenden stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

BEWERTUNG DER IN DER RÜCKSTELLUNG FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE (BRUTTO) IM SELBST ABGESCHLOSSENEN VERSICHERUNGSGESCHÄFT ENTHALTENEN TEILSCHADENRÜCKSTELLUNGEN FÜR BEKANNTE UND UNBEKANNTE VERSICHERUNGSFÄLLE

Zugehörige Informationen im Abschluss

Im Anhang der Gesellschaft werden im Abschnitt „Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden“ die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wiedergegeben. Risikoangaben sind im Lagebericht im Abschnitt „Risikobericht – Versicherungstechnisches Risiko“ enthalten.

Sachverhalt und Risiko für die Prüfung

Im Jahresabschluss weist die Gesellschaft eine „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ (Schadenrückstellung) in Höhe von € 636,44 Mio. (68,7 % der Bilanzsumme) brutto aus. Hieraus ergibt sich ein wesentlicher Einfluss auf die Vermögenslage der Gesellschaft.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst insbesondere die Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle, soweit die Schäden bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind. Die Teilschadenrückstellung für bekannte Versicherungsfälle wird nach einem Gruppenbewertungsverfahren gemäß § 240 Abs. 4 HGB gebildet. Pro gemeldeten Schaden wird die pauschalierte Einzelreserve je Leistungsart und Instanz ermittelt. Für unbekanntes Versicherungsfälle wird die Teilschadenrückstellung anhand von Erfahrungswerten ermittelt. Dabei kommen statistische Verfahren zur Anwendung.

Bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten sowie den noch unbekanntes Versicherungsfällen besteht das Risiko darin, dass die noch zu erwartenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Versicherungsfällen (unbekanntes Spätschäden) besteht daneben das Risiko, dass diese nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Die bei der Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle zur Anwendung kommenden Methoden sowie die eingehenden Berechnungsparameter werden durch Ermessensentscheidungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter beeinflusst und die Bewertung unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe. Infolgedessen und aufgrund der betragsmäßigen Bedeutung der Schadenrückstellung für den Jahresabschluss war die Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben die von der Gesellschaft gebildeten Teilrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle wie folgt risikoorientiert geprüft:

Wir haben uns ein Verständnis von den Prozessen zur Ermittlung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle gemeinsam mit unseren Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik verschafft. Ausgehend hiervon haben wir Aufbau- und Funktionsprüfungen hinsichtlich der wesentlichen in den Schadenregulierungs- und Reservierungsprozessen enthaltenen internen Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit der verwendeten Daten und der vorzunehmenden Schätzungen sicherstellen sollen, durchgeführt.

In der Folge haben wir die Angemessenheit und Richtigkeit der von der Gesellschaft verwendeten Methoden beurteilt und deren stetige Anwendung geprüft. Auf Basis einer bewussten Auswahl einzelner Schadenfälle haben wir die Berechnungslogik des Gruppenbewertungsverfahrens anhand der Aktenlage nachvollzogen und im Rahmen einer zusätzlichen zufällig ausgewählten Stichprobe die Schadenbearbeitung einzelner Schadenfälle geprüft.

Für bereits eingetretene, jedoch noch nicht gemeldete Versicherungsfälle (unbekannte Spät-schäden), haben wir für die Ermittlung der Teilschadenrückstellung für unbekannte Versicherungsfälle insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl der erwarteten, noch nicht gemeldeten Versicherungsfälle und deren durchschnittlicher Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen gewürdigt. Darüber hinaus haben wir die Vollständigkeit und Richtigkeit der in den Berechnungen verwendeten Daten und die Angemessenheit der Berechnungsparameter sowie die rechnerische Richtigkeit der Bewertung geprüft.

Zusätzlich haben wir eigene aktuarielle Reserveberechnungen durchgeführt. Hierbei haben wir jeweils Punktschätzungen mit Hilfe von anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren bestimmt, um die Auskömmlichkeit der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zu beurteilen.

Im Rahmen unserer Prüfungen haben wir uns davon überzeugt, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Schätzungen hinsichtlich der Annahmen und Parameter zur Bewertung der in der Brutto-Schadenrückstellung enthaltenen Teilrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle begründet und hinreichend dokumentiert sind.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die im Abschnitt „Wirtschaftsbericht“ des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach §289f Abs. 4 HGB.

Die sonstigen Informationen umfassen den Bericht des Aufsichtsrats, die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden

könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Hauptversammlung am 12. Juni 2023 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 8. Dezember 2023 vom Aufsichtsratsvorsitzenden beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2023 als Abschlussprüfer der ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Sven Capousek.

Köln, den 10. April 2024

Mazars GmbH & Co KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Thomas Volkmer
Wirtschaftsprüfer

Sven Capousek
Wirtschaftsprüfer



FÜNF-JAHRES- ÜBERSICHT



Kennzahlen für die Geschäftsjahre 2019-2023

	2019	
	T€	%
1 Beiträge		
Gebuchte Bruttobeiträge	371.348	
Veränderung der gebuchten Bruttobeiträge im Vergleich zum Vorjahr	16.894	4,77
Verdiente Bruttobeiträge	367.586	
2 Aufwendungen für Versicherungsfälle		
Bruttoschadenaufwand Gj.-Schäden	263.051	
Bruttoschadenquote Gj.-Schäden (in % der verdienten Beiträge)		71,56
Bruttoschadenaufwand gesamt	226.889	
Bilanzielle Bruttoschadenquote (in % der verdienten Beiträge)		61,72
Bruttoschadenzahlungen gesamt	202.719	
Bruttoszahlsquote einschließlich Schadenregulierungskosten (in % der verdienten Beiträge)		55,15
3 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
Bruttoaufwand	135.107	
Bruttokostenquote (in % der gebuchten Beiträge)		36,38
4 Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	2.942	
5 Kapitalanlagen		
Kapitalanlagenbestand	620.904	
Kapitalanlagenergebnis	6.830	
Nettorendite		1,10
6 Nichtversicherungstechnisches Ergebnis (einschließlich Steuern)	-743	
7 Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	4.416	
8 Außerordentliches Ergebnis	0	
9 Jahresüberschuss	2.198	

2020		2021		2022		2023	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
388.978		411.099		423.745		423.330	
17.630	4,75	22.121	5,69	12.646	3,08	-415	-0,10
382.871		404.047		417.891		422.611	
273.430		255.579		275.237		304.833	
	71,42		63,25		65,86		72,13
233.334		256.185		255.169		260.778	
	60,94		63,40		61,06		61,71
203.805		221.289		216.685		221.402	
	53,23		54,77		51,85		52,39
144.175		153.005		155.359		155.306	
	37,07		37,22		36,66		36,69
1.131		805		6.299		5.543	
686.204		727.268		787.325		848.765	
7.565		8.242		5.306		10.439	
	1,10		1,13		0,67		1,23
-473		2.878		-3.605		4.155	
3.694		5.219		5.167		13.726	
0		0		-96		-45	
658		3.684		2.694		9.698	



ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG

Hansaallee 199

40549 Düsseldorf

Telefon 0211 529-50

Telefax 0211 529-5199

E-Mail info@oerag.de

Internet www.oerag.de